

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bezweigt die Hälfte des Monats für Groß-Vertrieb oder bei direkter Bestellung ohne Postgebühr monatlich 3,- M., bei Zustellung unter Streifenband 4,- M. Die „Freiheit“ ist in den den Nachtrag des Postgesetzes für 1919 eingetrag.

Interate lesen die achtspaltige Nonpareilzeile oder deren Raum 120 M., Wortzeilen bei festgedruckter Wort 20 Pfl., jedes weitere Wort 25 Pfl., Leerzeilen 50 Pfl., Familien- und Vereinsunterstützungen 100 Pfl. der Zuschlag fest. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2894.

# STREIFER

Int. Institut  
Soz. Geschichtswiss.  
Amptshaus

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Die Internationale gegen den Gewaltfrieden.

## Proteste der französischen Sozialisten.

Die englischen Arbeiter gegen den Krieg im Osten. — Eine Konferenz in Ljern. — Untersuchung der Lage in Deutschland.

Paris, 30. Juni.

„Matin“ teilt mit, daß der Sozialistenbund des Seine-Departements, der Sonntag tagte, mit 6800 Stimmen bei zehn Stimmhaltungen eine Entscheidung angenommen habe, in der erklärt wird, daß die Sozialisten in der Kammer gegen den Friedensvertrag stimmen sollen.

Eine andere Entscheidung erklärt, daß die sozialistischen Delegierten am 1. Juli nicht den Siegesfeiern beiwohnen sollen. Der 14. Juli sei für die Sozialisten Frankreich ein Trauertag. Den Sozialisten in den Behörden soll verboten werden, Karten für diesen Anlaß zu verteilen.

Eine dritte Entscheidung verlangt den Ausschluß von etwa zwanzig Mitgliedern, die für den Anschluß an die dritte Internationale eingetreten sind.

„Matin“ stellt fest, daß die Bewegung der Sozialisten immer größere Kreise erhe. Das Blatt hebt hervor, daß Douquet die Delegierten ermahnt, kaltes Blut zu bewahren. Er habe betont, daß der letzte Parteitag sich gegen die dritte Internationale ausgesprochen habe. Freffard teilte mit, daß der ständige Verwaltungsausschuß fest entschlossen sei, alle Mitglieder auszuscheiden, die sich der dritten Internationale angeschlossen haben.

Stockholm, 30. Juni.

Wie Branting aus Kopenhagen telegraphiert, hat der Kongress in Southport mit großer Mehrheit den ausführenden Ausschuß beauftragt, mit dem Parlamentarismus der Gewerkschaften über Maßnahmen zur Vermeidung des Krieges im Osten zu verhandeln, wobei man, falls nötig, auch zu industriellen Druckmitteln greifen will.

Nach der gleichen Quelle hat der Aktionsausschuß der Bremer Konferenz Vorbereitungen für eine Konferenz in Ljern getroffen. Nachmals wurden Vorschläge nach Moskau beantragt. Außerdem soll eine alliierte Sozialistenabordnung sofort nach Deutschland reisen um die Lage dort zu untersuchen.

## Camille Huysmans gegen den Gewaltfrieden.

Amsterdam, 30. Juni.

„Times“ erzählt der belgische Arbeiterführer Camille Huysmans an der Arbeiterkonferenz in Southport, es werde keinen Frieden geben, solange Großbritannien das Recht habe, Kolonien zu besitzen, und andere Länder dieses Recht nicht hätten, solange die Polen Deutschlands das Recht hätten, sich an Polen anzuschließen, und die Deutschen Österreichs nicht an Deutschland anschließen dürften, solange eine solche Besetzung verbleibe. Huysmans bedauert, wie bei der Besetzung des Saarlandes, und solange man fordert, daß Deutschland besetzt bleibe, ohne daß ihm die Möglichkeit zur Arbeit gegeben werde.

## Eindernung des französischen Nationalrats.

T. U. Basel, 30. Juni.

Die Humanität meldet, daß die ständige Verwaltungskommission der französischen sozialistischen Partei den Nationalrat für den 12. und 14. Juli einberufen hat, um die Stellung der Partei zum Friedensvertrag festzulegen. Sie beschloß weiter, die permanente Kommission in Bern zu ersuchen, den internationalen Kongress noch vor dem 1. November einzuweisen.

## Henderson über die Konferenz von Southport.

Amsterdam, 30. Juni.

Im Daily Herald schreibt der Sekretär der britischen Arbeiterpartei Arthur Henderson über die Aufgaben der in Southport tagenden Arbeiterkonferenz u. a.: Die Arbeiter sind mit dem Friedensvertrag nicht zufrieden, und ich erwarte zuversichtlich, daß die Konferenz die Unterzeichnung des Vertrages durch Deutschland zum Anlaß für eine öffentliche Agitation für eine Neubewertung der Bedingungen nehmen wird, um sie in Einklang mit den Beschlüssen der verschie-

denen nationalen, Interkontinentalen und internationalen Arbeiterkonferenzen zu bringen. Die Arbeiter sollen den Oberbund für das geeignete Werkzeug hierzu. Es muß deshalb ein wirklicher Gerichtshof für internationale Entscheidungen und eine alle umfassende Liga der Völker werden, von der kein Volk ausgeschlossen wird, wenn es bereit ist, seinen Teil der Verantwortlichkeit für die Aufrechterhaltung des Friedens und die Förderung demokratischer Einrichtungen in der ganzen Welt auf sich zu nehmen.

## Das Ende des baltischen Abenteurers.

Kopenhagen, 30. Juni.

„Nationaltidende“ veröffentlicht ein Telegramm aus Kopenhagen, wonach lettische Truppen unter dem Kommando des Obersten Vallo Riga eingenommen haben. Es heißt, daß Vallo Truppen die Straße über die Düna besetzt haben und durch der deutsch-baltischen Landwehr den Rückzug abgeschnitten haben.

Dieser Meldung, die durch Nachrichten von anderer Seite bestätigt wird, gingen in den letzten Tagen Meldungen über eine große Niederlage der deutsch-baltischen Landwehr in Livland voraus. Laut Meldung des lettischen Pressbüros in Kopenhagen hat die Landwehr schon am 22. Juni eine heftige Niederlage erlitten und ist in panischer Hast auf Riga zurückgegangen. Der deutschen Presse wurden diese Nachrichten sorgfältig verschwiegen. Erst jetzt werden sie durch den Pressebericht der deutschen Seemannschaft in Riga und den „Baltischen Pressedienst“ indirekt bestätigt. Aber auch diese Meldungen zeigen die Schwundelung der deutschen Öffentlichkeit unentwegt fort, indem sie von einem „Bruderkampf“ zwischen Letten und Esten sprechen. In Wirklichkeit vollzieht sich in den baltischen Provinzen der letzte Akt des Kriegsabenteurers der deutsch-baltischen Junker und der ihnen verbündeten reichsdeutschen Militärkommandos gegen das lettische Volk.

Die deutsch-baltische Landwehr ist nur dem Namen nach eine Truppe der lettischen Strohmännerregierung Needra (die übrigens gestürzt und durch die frühere Regierung Umanis ersetzt worden ist). In Wirklichkeit besteht sie aus einem überwiegenden Teil aus reichsdeutschen Truppenformationen, die noch immer unter dem Befehl des Gouverneurs von der Goltz stehen. Nach einer mehrwöchigen Schreckensherrschaft, auf die wir noch näher zurückzukommen werden, sind diese Truppen, die in unverantwortlicher Weise den deutsch-baltischen Großgrundbesitzern zur Verfügung gestellt wurden, der Uebermacht der Letten und Esten unterlegen. Das verbrecherische Abenteuer, vor dem wir fortleben, hat nun mit dem Zusammenbruch geendet. Hunderte von deutschen Soldaten sind dieser frevelhaften Politik geopfert worden; zahlreiche Opfer stehen noch bevor.

T. U. Stockholm, 30. Juni.

Das lettische Informationsbureau meldet aus Libau: Der englische General Gough macht bekannt, daß die Deutschen auf Befehl der Entente Libau geräumt hätten. Die frühere nationale lettische Regierung Umanis, die von der Entente unterstützt wird, hat ihre Tätigkeit wieder aufgenommen.

## Ich verbleibe!

Berlin, 30. Juni. (Mittl.)

Besondere Vorstände veranlassen mich, im Einklang mit dem preussischen Handelsministerium, auf Grund des 1908 des Gesetzes über den Belagerungszustand, allen in den unter Belagerungszustand stehenden Gebieten gelegenen Waffen- und Munitionsfabriken, sowie Zwischengeschäften und Verkaufsstellen jeglichen Verkauf von Waffen, Munition und Sprengmitteln zu untersagen. Zusammenfassungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft, falls die bestehenden Gesetze keine höhere Strafe androhen. Ausnahmen unterliegen meiner besonderen Genehmigung. Ich mache die Polizeibehörden für die Ueberwachung und Durchführung des Verbots verantwortlich und weise insbesondere auf scharfe Kontrollen der Verkehrsmittel hin.

Der Oberbefehlshaber, gen. K. v. L.

## Fortdauer des Baumwollarbeiterstreiks in England.

T. U. London, 30. Juni.

Aus Manchester wird gemeldet, daß der Streik in der Baumwollindustrie fortdauere, da zwischen Unternehmern und Arbeitern keine Einigung erzielt worden ist.

## Dem Abgrund zu.

Von Prof. Dr. C. Ballod.

Das Reichschatzamt hat uns endlich, endlich das neue Finanzprogramm beider. Ein vorläufiges natürlich, wie das so in die Kera von Finanzdilettanten hineingehört: ein ganzes Duffelt von indirekten Steuern plus Reichserbschaftsteuer soll uns die gewaltige Mehreinnahme von 1200 Millionen Mark jährlich bringen. Ein Brüstel just vom Bedarf, aber was schadet's? Kommt Zeit, kommt Rat — in einem weiteren halben Jahr wird das Reichschatzamt sicher ausgeheckt haben, wie man eine weitere Milliarde aufbringt. Die große Reichsvermögens- oder Reichseinkommensteuer ist nun auch da und soll 70 bis 90 Milliarden bringen. Außerdem schlägt das Reichschatzamt ganze zehn Milliarden an einmaliger Kriegsgewinn- und Vermögensabgabe vor.

Schade nur, daß hier die Rechnung ohne den Wirt gemacht ist (wie z. B. auch bereits bei der Vermögenssteuer), weil die Registrierung der mobilien Werte verabsäumt ist und auch heute noch verabsäumt wird, so daß der Rest der Gewinne der Kriegsgewinnler längst ins Ausland verflohen sein wird, wenn man ihnen an den Krügen wird wollen.

Der ungeheure Abfluß unserer Werte ins Ausland hat unsere Valuta, die bei Ausbruch des Waffenstillstandes auf rund 60 Proz. vom Pari stand, auf unter 30 Proz. gesenkt. Heute steht unsere Valuta wieder auf 32 Proz., ein Schweizer Franken kostet nur noch 250 Mark, eine Mark ist 40 Schweizer Centimes oder 32 alte Goldpfennige wert. Mit anderen Worten: der Staatsbankrott ist eigentlich schon da. Die Kriegsanleihe steht auf 75—76, sie war schon auf 73 herabgegangen.

Diese Tatsache könnte für einen wirklichen Finanzpolitiker die Richtlinien einer großzügigen Finanzsanierungspolitik abgeben. Man könnte sich sagen, daß die Rettung des Staates wichtiger ist als die Erhaltung des Vermögens der Vermögenden in alter Höhe, d. h. also, man könnte einfach zu allererst an eine Stabilisierung der Valuta herantreten, damit wilde Valutaspekulationen bei der bevorstehenden Warenaus- und -ausfuhr ausgeschlossen werden. Wird die Valuta auf, sagen wir rund ein Drittel = 33 1/3 Proz. herabgesetzt bzw. von Gesetzen wegen stabilisiert, also noch eine Kleinigkeit über den heutigen tatsächlichen Kurs, so ist damit mit einem Schlag unsere ganze ungeheure Kriegsschuld von rund 200 Milliarden Papiermark auf 66 2/3 Milliarden alte Goldmark verringert, deren Verzinsung zwar ebenfalls bei der verringerten Fläche und damit verringerten Einnahmen des Deutschen Reiches Schwierigkeiten bereiten würde, aber doch nicht mehr eine solche Unmöglichkeit darstellen würde, wie die Verzinsung von 200 Milliarden bei nicht stabilisierter Valuta. Bei der die Vermögenden erwarten, daß die Valuta abwärts, genau wie in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts in Amerika, allmählich wieder auf den alten Goldstandard gehoben wird. Technisch wäre natürlich die Stabilisierung so zu bewirken, daß im Inlande alle Zahlungen nach wie vor in Papiermark stattfinden und nur bei Berechnungen mit dem Auslande die Goldmark zum festen Kurs in die Erscheinung tritt.

Auch bei einer derartigen Gerahmung der Valuta, die uns große Ausfuhrmöglichkeiten gemäß leisten würde, da alsdann die gestiegenen Arbeitslöhne u. d. m. mit Weltmarktpreisen in Einklang stehen würden, wären die Inlandsteuern in derselben hohen Höhe aufzubringen. Alle schon eingeführten und die jetzt vorgeschlagene große Reichsvermögenssteuer werden zusammen genommen etwa 7—8 Milliarden Jahresbedarf decken, so daß noch etwa 6—7 Milliarden allein für den Mehrbedarf im Inlande (ohne die Kontribution an die Entente) anstehen. Um eine ganze Reihe von Staatsmonopolen kann man vernünftigerweise doch nicht herumkommen, da nur solche „Kunststücke“, d. h. eine beträchtliche Mehreinnahme bringen können gegenüber der heimlichen Vermögensvermehrung, wie sie bei dem gewöhnlichen Emporkommen der indirekten Steuern auf notwendige Gegenstände, wie Zucker, stattfindet.

Aber unser heutiges Reichschatzamt will von Monopolen nichts wissen, weil die Börsengewaltigen und der Sanabund sie verbieten — wobei sollen denn künftige Be-

reicherungsmöglichkeiten kommen, wenn der Staat die Ver-  
reicherungsquellen verringert? Diese kurzfristigen Eiferer  
für die Segenstaten der „freien Wirtschaft“ — eine Schande  
zu sagen, daß sich ihnen auch Nationalökonomieprofessoren  
angegeben haben, können und wollen nicht leben, daß sie  
Deutschland zu vollem Bankrott führen; sie bilden sich ein,  
der durch die Kriegsjahre völlig ausgemergelte, blutarne  
deutsche Arbeiter würde in stumpfem Gehorsam gegen seine  
alten Dienstherrn und Gebieter nicht mehr und nicht weni-  
ger als das Zweieinhalbfache bis Dreifache an  
arbeitslosem Einkommen gegenüber der Vor-  
kriegszeit für diese Gebieter erarbeiten! Dazu noch die ge-  
waltigen Lasten für die Entente tragen!

Unser privates Volkvermögen, d. h. das „ererbende“  
Vermögen der Vermögenden, zählte vor dem Kriege nach  
der Reichssteuer — knapp 200 Milliarden Mark, in der  
Wirklichkeit sicher an 250 Milliarden, zu dessen Verzinsung  
bei dem damaligen Zinsfuß von etwa 4 v. H. rund zehn  
Milliarden Mark vom arbeitenden Volk jährlich aufzu-  
bringen waren. Heute haben wir infolge der 200 Milliarden  
Kriegsschuld und des ungeheuerlichen Hochganges der Land-  
güter- und Warenpreise, trotz geleertem Warenhäuser ein  
nominales Volkvermögen von über 500 Milliarden  
Mark, zu dessen Verzinsung bei 5 v. H. heutigem Zinsfuß  
rund 25 Milliarden jährlich aus der Haut des erwerbsstätigen  
Volkes geschnitten werden müßten, dazu noch 4 Mil-  
liarden Papiermark für die Kriegsbeschädigten und wohl  
das Doppelte an die Entente! Wie soll diese ungeheuerliche  
Belastung aufgebracht werden, wenn nicht trotz und neben  
der Reichsvermögenssteuer eine „Solidarität“, eine  
Schuldabschüttelung durch Herabsetzung, bzw.  
Stabilisierung der tatsächlichen heutigen Valuta eintritt?

Herr Schiffer ist gegangen, weil er zwar wußte, wie  
hoch die Mehrbelastung, nicht aber wie Rat zu schaffen wäre.  
Herr Dernburg wußte für den fehlenden Inlandbedarf  
in Höhe von 7 Milliarden Mark; er machte die geniale Er-  
findung der „zusätzlichen Arbeitsstunde“, die auf  
nichts anderes als auf eine direkte Steuer von 300 M.  
jährlich von jedem Arbeitenden herauskam, also eine ent-  
sprechende Verteuerung aller Lebensbedürfnisse bedeutete  
hätte. Er ist mit seiner genialen Erfindung in die  
Verzerrung verkommen, und Herr Erzberger hat das  
minderwertige, von seinen Vorgängern gutgeheißene Fi-  
nanzprogramm vom Stapel gelassen, weil er auch kein  
besseres gewußt hat! Man hat das gemütliche, behagliche  
Fortwursteln im allerhöchsten Bureaukratenkostüm, ab-  
gewechselt durch ein bischen Theaterdonner, in dem die  
heutige Nationalversammlung zohelsteht, die „Operette  
von Weimar“ genannt — heute, bei den heutigen Fi-  
nanz- und Wirtschaftsmahnahmen, muß man schon fast von  
einer Farlekinade reden. Fürwahr, es gibt kaum ein  
Beispiel in der Weltgeschichte, daß von so kleinen Dingen  
Weltgeschichte gemacht wird — Dreastiernas berühmter  
Satz: „Du weißt nicht, mein Sohn, mit wie wenig Weisheit  
die Welt regiert wird“, erscheint überirumpft — auch von  
„ein wenig“ Weisheit kann schon keine Rede mehr sein.  
Selbst das sehr zweifelhafte Wirtschaftsprogramm des  
Herrn Wiffell, das ein Streikverbot enthält, also dem  
deutschen Arbeiter die einzige Waffe, über die er im kapita-  
listischen Wirtschaftssystem verfügt, nehmen will, ist den  
Herren von Weimar zuviel, weil es die gebundene Plan-  
wirtschaft vorzieht, also die ängstlichen Ausbreitungen des  
wirtschaftlichen Trobbertums beseitigen will. Fürwahr,  
unser bürgerliche Herrengesellschaft gräbt sich mit ihrem  
„sozialistischen“ Schleppträger von Weimar durch ihre  
bodenlose Entschlossenheit und Unfähigkeit selbst das Grab.  
Ihre einzige Weisheit ist das Niederhalten der Arbeiter um  
jeden Preis, um den Preis von 1 1/2 Milliarden Mark monat-  
lich, die uns unsere heutige „Reichswehr“, genau gesprochen:  
Arbeitertruhweh, kostet.

Wie lange kann diese haarsträubende Verköwendert-  
schaft fortgetrieben werden? Wird die Reichswehr von heute  
800 000 oder 400 000 (die richtige Ziffer weiß vielleicht Herr  
Koske, oder auch er nicht? Während des Krieges hat  
Schreiber dieses die Erfahrung gemacht, daß die richtige  
Ziffer unseres Heeresbestandes nicht einmal ein hoher Mil-  
itärer wußte, den diese Ziffer anging), auf 200 000 oder  
binnen Jahresfrist auf 100 000 herabgesetzt, so werden ja die  
Ausgaben sinken. Aber auf wieviel, weiß wiederum kein  
Mensch, solange die ungeheuerliche, völlig unverantwortliche  
Scheimmiserelei in bezug auf unsere Heeresausgaben fort-  
dauert. Wie ist es eigentlich menschenmög-  
lich, so müssen wir unsere Finanzmachhaber fragen, daß  
uns ein Soldat monatlich 2000 oder (falls  
unser Heeresbestand nur 400 000 zählt), gar 4000 Mark  
kostet, also der einzelne Mann 66 2/3, bzw.  
133 1/3 Mark täglich? Wo bleibt das Geld?  
Wie wird da eigentlich gewirtschaftet, bzw. „geast“ mit dem  
Schweiß und Blut des deutschen Arbeiters? Heraus mit  
den Rechnungen! Wie hat sich die bürgerliche Presse ent-  
schlossen über einige Millionen, die die Arbeiterträte vergraben  
hatten! Dazu, daß und heute ein jeder Soldat des Koske-  
heeres jährlich ein Vermögen kostet, schweigst sie still.

Jedenfalls ist unsere heutige Finanzwirtschaft der  
greulichste Unfug, den es in dieser Beziehung auf  
dem ganzen Erdenrund gibt. Unsere bürgerlichen Verteidiger  
der „freien Wirtschaft“ haben wahrlich keinen Grund,  
sich über die bolschewistische Finanzwirtschaft zu entrüsten;  
die Herren Schiffer-Dernburg-Erzberger steueren und  
steuern uns mit Loscherheit dem völligen wirtschaftlichen  
Zusammenbruch und Staatsbankrott zu.

Den Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft kann nur der Sozialismus, nicht die  
Pseudo-sozialisierungsentwürfe des Herrn  
Wiffell bewirken!

## Vor der Auflösung der Waffenausschuss-Kommission.

Berlin, 30. Juni.

Die Mehrzahl der Mitglieder der deutschen Kom-  
mission in Spa verläßt am 30. Juni abends die Stadt und  
kehrt nach Berlin zurück, wo die Hauptabteilung der Geschäfte  
vor sich gehen soll. Nur Generalmajor Freither von Hümmel-  
stein, der Vorsitzende der deutschen Kommission, bleibt noch mit  
einigen Beamten zur Erledigung der Geschäfte in Spa zurück.  
Der englische Vorsitzende General Dakin ist bereits von Spa  
abgereist. General Aubert, der französische Vorsitzende, dürfte  
am nächsten Tag am 30. Juni folgen.

Die vorläufige Weiterführung der sich bei der  
bisherigen Tätigkeit der Waffenausschuss-Kommission in Spa er-  
gebenden Arbeiten werden die in Frankfurt a. M. und  
Wiesbaden bestehenden deutschen und alliierten Unter-  
kommissionen übernehmen.

## Der Rat der zehn.

Paris, 30. Juni. (Habs.)

„Laut „Temp“ wird der Rat der zehn sich künftig wie folgt  
zusammensetzen: Für Frankreich Pichon und Clemenceau,  
für Amerika Lansing und Oberst House, für England Dal-  
mour, Lord Milner und Honar Low, für Italien Tulloni und  
wahrscheinlich Marconi, für Japan Makino und Chiada.

## Unrichtige Behauptungen des Auswärtigen Amtes.

Der Verteidiger des Herrn Axelrod hat vom Auswärtigen  
Amt ein Telegramm erhalten, das folgenden Wortlaut hat:

„Im Anschluß an Telegramm vom 29. d. M. nach ein-  
gehender Prüfung der Angelegenheit muß, da Herr Axelrod  
Exterritorialitätsrechte nicht zuerkannt werden können, eine  
Verordnung zu seinen Gunsten abgelehnt werden und die  
Entscheidung ausschließlich dem Gericht überlassen bleiben.  
Ueber die Frage einer etwaigen Vergütung im Falle seiner  
Verurteilung hätte die Regierung des bayerischen Volkshauses  
zu befinden.“

Dieser Standpunkt des Auswärtigen Amtes ist unhaltbar,  
nachdem die offiziöse „Deutsche Allgemeine Ztg.“ und auch das  
„Wolff-Bureau“ zugegeben haben, daß Herr Axelrod im Besitz  
einer Auswärtigen des Auswärtigen Amtes ist, die nur Per-  
sonen diplomatischer Vertretungen angehängt werden. Wie  
sollen noch mitteilen, daß diese Auswärtige am 10. August  
1918 ausgehört wurde, daß sie die Nr. A. 922 trägt und von  
Fehler, Geheimrat, unterzeichnet ist.

Diplomatische Vertreter aber genießen das Recht der  
Exterritorialität, und da die amtlichen Stellen die diplomatische  
Eigenschaft des Herrn Axelrod zugegeben haben, kann das Aus-  
wärtige Amt keinesfalls seine Exterritorialitätsrechte bestreiten.  
Es muß dabei berücksichtigt werden, daß auch die Revolutions-  
regierung die diplomatischen Eigenschaften Axelrods ausdrücklich  
anerkannt hat. Denn nach dem 9. November ist A. mit Genehmigung  
der Regierung Ober-Haase-Scheidemann aus Kopenhagen  
nach Berlin gekommen, und zwar auf Grund seines Diplomatien-  
passes. Als Diplomat hat er im Dezember mit der deutschen  
Regierung Verhandlungen geführt.

Das Auswärtige Amt ist also völlig im Unrecht und seine  
unrichtigen Behauptungen sind geeignet, die durch Verächtern  
der deutschen Regierung geschaffene Spannung zwischen Deutsch-  
land und Sowjet-Rußland nur noch zu vergrößern und für die  
in Rußland lebenden deutschen Bürger nachteilige Folgen her-  
beizurufen.

## Geld ist Geld.

„Wie werden wir wieder reich?“

Bei zahlreichen großen deutschen Firmen läuft seit folgendes  
Schreiben ein:

G. Eberwein

Kontor und Lager: Lindenstr. 114

Fernsprecher: Amt Kochplatz Nr. 1448—50.

Berlin, den 19. Mai 1919.

Firma . . . . . Berlin.

Betrifft: Arbeitsunlust und Streiks!

„Zweifellos hat auch Ihre Betrieb unter Arbeitsunlust und  
Streiks zu leiden gehabt.“

Die beifolgende Broschüre: „Wie werden wir wieder  
reich?“ soll den Arbeitern zeigen, daß die Arbeit die Quelle  
des Reichtums für alle ist. Sie soll ihnen weiter klarmachen, daß  
der durch die Streiks erkämpfte Lohn ein Scheinlohn ist, weil  
dadurch die notwendigen Bedarfsartikel eine ständige Preis-  
steigerung erfahren usw.

Sie haben sicher ein Interesse daran, daß diese Schrift unter  
den Angestellten und Arbeitern Ihres Betriebes verbreitet wird.  
Wenn Sie nicht selbst den Vertrieb einigen hierfür in Frage  
kommenden Personen Ihres Betriebes übertragen wollen, so bin  
ich gern bereit, mit diesen Persönlichkeiten in Verbindung zu  
treten. Ich bitte Sie jedoch, mir geeignete Namen zu nennen.  
Den Verkäufern könnte ich bei einer Abnahme von 100 Exem-  
plaren an 25 Prozent auf den Verkaufspreis gewähren.

Ihrer geschätzten Rückäußerung sehe ich gern entgegen und  
zeichne

hochachtungsvoll  
Deutscher Schriften-Vertrieb.“

Es ist natürlich nicht verwunderlich, daß es Leute und Verlage  
gibt, die sich zur Aufgabe sehen, Literatur herauszubringen, mit  
der sie auf die Arbeiter im Sinne des Unternehmertums einzu-  
wirken versuchen. Nun wissen wir aber, daß vor kurzem von  
Erich Ruttner, einem Rebellanten des „Vorwärts“, eine Bro-  
schüre erschienen ist: „Wie werden wir wieder reich?“ Diese  
Broschüre ist aber nicht im „Deutschen Schriftenvertrieb“, sondern  
im Verlag für Sozialwissenschaft“ herausgegeben, der be-  
kanntes Forum-Gründung, der in demselben Hause wohnt  
wie der „Deutsche Schriftenvertrieb“. Es liegt also nahe, eine  
Verbindung zwischen beiden Firmen zu vermuten. Tatsächlich ist  
auch eine solche vorhanden; denn Herr Eberwein bearbeitet seinen  
„Schriftenvertrieb“ in den Räumen und mit Angestellten des  
„Verlages für Sozialwissenschaft“, er benutzt auch die gleichen  
Telephonnummern!

Daraus ergibt sich die Tatsache, daß der Forum-Verlag sich  
schämt, selbst diese Broschüre dem Großunternehmertum anzu-  
bieten, und daß er einen nach außen hin unbedächtigen De-  
nahmen benutzt, denn auf das Geschäft will er nicht verzichten.

Auf der einen Seite macht also Herr Forum sein Geschäft  
mit Sozialismus, auf der andern mit Kapitalismus; er weiß das  
eine für das andere nutzbar zu machen.

## Etwas von der Preßfreiheit.

Die „Deutsche Zeitung“, das wüteste alldeutsche Ge-  
blatt, das wir in Deutschland haben, darf von Glück sprechen.  
Schon mehrere Male ist sie verboten worden. Aber immer wieder  
hat es nur ganz kurze Zeit gewährt, bis sie wieder erscheinen  
durfte. Zuletzt wurde sie am vorigen Sonntag wegen eines  
Aufsatzes zu. Rade verboten. Nur einen Tag lang hat das Ver-  
bot gedauert. Am Montag ist das Blatt wieder herausgekommen.  
Wir haben selbstverständlich nichts dagegen, daß man die all-  
deutsche Presse schimpflich läßt. Man rotet das Gift der kapita-  
listischen Presse nicht dadurch aus, daß man sie gewaltsam unter-  
drückt, sondern man muß ihren Wurzeln den kapitalistischen  
Nutterboden entziehen. Es gibt viel wirksamere Maßnahmen  
gegen die bürgerliche Zeitungsjehde als solche Verbote. Wenn

aber schon die rechtssozialistischen Minister ohne Zeitungserbote  
nicht auskommen können, so darf man an ihrem Gerechtigkeits-  
gefühl wenigstens verlangen, daß sie nicht die eine Seite benach-  
teiligen, die an derer bevorzugten.

Was aber reden wir von Gerechtigkeitsgefühl! Die  
„Deutsche Zeitung“ durfte einen Tag lang nicht erscheinen.  
Die „Republik“ ist schon länger als eine Woche verboten, ohne  
daß die Regierung Wien macht, die ungleiche Zwangsmaßregel  
gegen das Blatt rückgängig zu machen. Die „Freie Welt“,  
die illustrierte Wochenzeitung der Unabhängigen Sozialdemokratie,  
bleibt weiter verboten, auf die Beschlüsse des Verlags, die wir  
gestern abgedruckt haben, ist nicht eine Silbe geantwortet wor-  
den. Sollte durch dieses Verbot dem am vorigen Sonntag zum  
erstenmal herausgekommenen Wälderhorn des „Vorwärts“ eine  
Konkurrenz aus dem Wege geräumt werden?

Das ist Preßfreiheit im neuen Tuisland, das ist Preß-  
freiheit unter einer Regierung, deren Rechtsstaat aus Rechtssozial-  
listen besteht!

## Die Verminderung des russischen Heeres.

Die Friedensbedingungen legen uns nach dem abgeänderten  
endgültigen Text die Verpflichtung auf unser Heer binnen einem  
Zeitraum von höchstens drei Monaten auf Instandsetzung des Ver-  
trages auf 200 000 Mann zu vermindern. Sodann wird  
freit von drei zu drei Monaten eine Kommission militärischer Sach-  
verständiger der Entente die weitere Abuzierung der Anzahl der  
Deutschland zustehenden Truppen bestimmen, jedoch muß spä-  
stens bis zum 30. März 1920 die Höchstzahl von 100 000  
Mann erreicht sein.

Bereits bei dem ersten Bekanntwerden der Friedensbedingun-  
gen, nach denen das deutsche Heer nämlich sofort auf 100 000  
Mann reduziert werden sollte, war es den maßgebenden Re-  
gierungsstellen ein Gegenstand schwerer Sorge und langwieriger  
Beratungen, wie die zu der und unerwarteten Herabminderung der  
Truppenzahl erforderlichen ungeheuer zahlreichen Entlassungen  
durchgeführt werden könnten, ohne daß schwere Unruhen unter den  
Freiwilligen zu befürchten wären. An alle mögliche Weise wurde  
denals der Reichswehrminister Koske den Truppen die bitere  
Bille der bevorstehenden Kündigung überführen. Man erinnert  
sich an den Ausruf im Anfang dieses Monats, in dem Koske die  
Freiwilligen über ihre Zukunft zu beruhigen suchte, ihnen des-  
sprach, daß für sie in den Einsatzbereich Plätze freigehalten wer-  
den sollten, und daß sie auch in der internen Kolonisation in der  
ersten Reihe neben den Kriegsbeschädigten bei der Ansiedlung Be-  
rücksichtigung finden sollten.

Mit Recht befürchtete man, daß es überaus schwierig sein  
würde, die Entlassungen reibungslos durchzuführen. Und obwohl  
die Deutschland erlaubte Höchstzahl an Truppen nunmehr von der  
Entente allerdings verdoppelt ist, so befehen dieselben Schwierig-  
keiten ganz zweifellos unvermindert zu, wenn man bedenkt, daß  
die jetzige Anzahl der Freiwilligen etwa eine Million beträgt.

Es wäre hiernach zu erwarten gewesen, daß die Regierung  
den vor einigen Tagen von vielen Zuppenverbänden gef-  
hten Entschluß, daß sie wegen der Annahme des Friedensvertrages  
ihre Dienstvertrag kündigen wollten, geradezu mit Erleichterung  
begrüßt hätte. Einfacher hätte der Abten ja gar nicht geföh  
werden können, als daß eine große Anzahl Truppen freiwillig aus  
dem Dienste schied. Doch gerade das Gegenteil trat ein. Koske  
berief sogleich eine Konferenz der Generale, in der beschlossen  
wurde, alle erdenklichen Maßregeln zu ergreifen, um der durch  
die Kündigungen drohenden Verspottung der Reichswehr vor-  
zubeugen.

Dienach erscheint die Vermutung zu allzu gerechtfertigt, daß  
die Regierung die Bestimmungen des Friedensvertrages auf  
irgend eine Weise zu umgehen sucht. Dies dürfte voraussichtlich  
auf die Weise geschehen, daß dem Entente-kapitalismus mit drohen-  
den neuen Kuständen in Deutschland gemacht wird. In  
einem ganz offenbar denkbaren gefährlichen Verichte meldete schon  
ein Berliner Blatt, daß man in Paris in der deutschen Regierung  
verlangen wolle, mit aller Energie neue Putschversuche zu unter-  
drücken.

An der Arbeiterschaft ist es dabei, der Menierung festlichen  
Vorwurf zu nehen, den sie zu einer Fortsetzung der noch Ausrech-  
terhaltung der bisherigen Truppenzahl verwenden könnte. Es liegt  
im dringendsten Interesse der Arbeit in den nächsten Wochen  
volle Disziplin zu wahren; wenn anders die Bestimmung des  
Friedensvertrages nach Reduzierung der deutschen Truppenzahl  
rethlos erfüllt werden soll.

## Für die Unteroffiziere wird gefordert.

Berlin, 30. Juni.

Ein Vertreter des Reichsverbandes deutscher Unteroffiziere  
wurde vom Reichsfinanzminister empfangen. In der  
Unterredung kam zum Ausdruck, daß das Kabinett für die Ab-  
findung der Unteroffiziere die infolge Verminderung  
des Heeres zum Ausscheiden gezwungen sein werden, eintreten  
werde und daß eine baldige gesetzliche Regelung der Angelegenheit  
zu erwarten sei.

## Staudgericht und Sigeldienst.

Das Staudgericht in Kischaffenburg beim dortigen Land-  
gericht hat den Tagelöhner Wilhelm Hst, den Glasmacher Zeu-  
fert und den Sergeanten Schauermon, sämtlich Mitglieder der  
U. S. V., wegen Beihilfe zum Hochverrat zu je 1 1/2 Jahren  
Zerkung verurteilt, weil sie zu Beginn des Monats April in  
Bohr am Main mit Militärwald d. Kaiserrepublik ausperufen  
hatten. Ein vierter Angeklagter, der sich erkrankt war, hat sich  
nach Wihlingen des Rutes, dessen Richter er war, zur Menie-  
rung als Sigel gegen die eigene Partei angeboten  
und für seine Dienste 700 Mark erhalten.

## Die Staatszuschüsse für den Wohnungsbau.

Aus dem Staatskommissariat für das Wohnungswesen wird  
mitgeteilt:

Es ist eine selbstverständliche soziale Forderung, daß die zu  
ermäßigenden Baukostenübertreuerungs-zuschüsse  
grundsätzlich für solche Wohnungsbauten gewährt werden, die nach  
den heutigen Anforderungen in technischer und gesundheitlicher Be-  
ziehung als einwandfrei bezeichnet werden können. Die aus  
öffentlichen Mitteln auszubehaltenen Zuschüsse sollen, indem sie vor-  
nehmlich dem Flachbau zugestanden werden, in besonderem Maße  
zur Förderung des Wohnungsbau s nutzbar gemacht werden.  
Unter Rücksichtnahme auf die Lage des Staatskommissariats für  
das Wohnungswesen, 24. 6. 1919, werden im allge-  
meinen ist, Bauteilen im Wohnungsbau nicht mehr als zwei  
Vollzuschüsse aus öffentlichen Mitteln als zwei  
Vollzuschüsse können gewährt werden.

Vertrauen, wenn aber von der Wahrung von Wahlfreiheiten nicht grundsätzlich ausgeschlossen sein. Insbesondere Mittelwähler herbeizuziehen, werden können, wird von Fall zu Fall zu entscheiden sein.

## Reichskommissar Lettow-Vorbeck.

Wir sind wieder um einen Schritt weiter gekommen. Bisher wurden Reichssozialisten von der Gattung der Sinnig, Döring und Evering zu Reichskommissaren bestellt. Und wenn diese Herren es gleich ihrem Meister Noske an Rücksichtslosigkeit gegen die Arbeiter nicht fehlen ließen, so waren es doch immerhin Zivilpersonen; der Schein war gewahrt, als ob das Militär nur das ausübende Organ in der Hand der Reinerungsvertreter sei. Jetzt aber fällt die letzte Maske. Zum Reichskommissar von Hamburg ist der Held von Ostafrika, im General v. Lettow-Vorbeck ernannt worden. Er wird am Dienstag in Hamburg einmarschieren und dort den militärischen und zivilen Oberbefehl ausüben. Im Keinen kann sich jetzt üben, was die Gegenrevolution später im großen ausführen will.

Inzwischen wird die Öffentlichkeit weiter über die wahren Verhältnisse in Hamburg irreführt. Einer der Führer der Hamburger Reichssozialisten, Herr Deuterich, hat in einer Werftarbeiterversammlung erzählt, daß die Süßholzangelegenheit nur ein Vorwand gewesen sei, um einen langgehegten Plan, der verfaßten Regierung den Fuß auf den Nacken zu setzen, zu verwirklichen. Es fehlt also nur noch, daß den Unabhängigen und den Kommunisten nachgelagt wird, sie hätten die Fabrikation der Süße selbst betrieben, um einen Anlaß zu Putschversuchen zu haben. Kein lächerlicher Gedanke, und man muß sich nur wundern, daß die Regierung nicht schon längst dahintergekommen ist, daß die Auswanderung der Konsumenten, die Schließungen mit Lebensmitteln, die Versteigerung eckhafter Erzeugnisse, die zur Erregung der Bevölkerung beigetragen haben, nur ein Werk der Unabhängigen und der Kommunisten sei. Sie sollte sich diesen Wind des Herrn Deuterich aus Hamburg nicht entgehen lassen.

Lettow-Vorbeck zum mindesten scheint schon nach diesem Rezept arbeiten zu wollen. Herr Deuterich hat nämlich weiter berichtet, der General habe ihm erklärt, die Regierung habe Beweise, daß in Hamburg noch einem bestimmten Plan unter einheitlicher Leitung gearbeitet worden sei, um die Ernährungschwierigkeiten und die vorgekommenen Unregelmäßigkeiten für politische Zwecke auszunutzen. Wenn man das heute bestritte, so tue man dies nur, weil die Sache zu früh losgegangen sei.

Auch Herr Noske ist nicht faul. Er hat am Sonntag den Herausgeber der „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“ empfangen und sich mit ihm längere Zeit über seine Absichten mit Hamburg unterhalten. Er behauptete zunächst, daß die Hamburger Sicherheitswehr nichts leistete, daß ihr Dienst auf acht Stunden täglich beschränkt gewesen sei und in Verdachtungen bestanden habe. Sie habe nicht verhindert, daß zahlreiche Minderheiten im Hamburger Hafen vorgekommen seien. Arbeiter und Wachmannschaften hätten massenhaft Mischmisch getrunken. Wenn die deutsche Regierung die Befehle von Hamburg durch die Entente-Truppen verhindern wolle, müsse in Hamburg absolute Sicherheit geschaffen werden. Das werde geschehen. Herr Noske sprach sodann wörtlich:

Die Befehle von Hamburg durch Reichstruppen wird unter allen Umständen erfolgen. Als vor einigen Tagen ein Vertreter des hamburgischen Senates bei mir war, habe ich seinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß ich seine Abmachungen anerkenne, die sich der Senat etwa abpressen lassen müßte, so lange er keine genügenden Nachmittel hinter sich hätte. Lettow-Vorbeck wird Hamburg besetzen und dafür Sorge zu tragen haben, daß die Volkswehr in ihrer alten Zusammensetzung verschwindet, und daß sie durch eine viel kleinere und unbedingt zuverlässige Sicherheits-truppe ersetzt wird. Die Exzedenten, die in Hamburg einen riesigen Schaden angerichtet haben, müssen die verdiente Strafe erleiden.

Wenn wir nicht irren, ist Hamburg noch immer ein selbständiger Bundesstaat im Rahmen des Deutschen Reiches. Herr Noske aber erkennt die hamburgischen Behörden nicht mehr an; er erklärt ihre Anordnungen für null und nichtig, sobald sie mit seinen Ansichten nicht übereinstimmen. Der Humor von der Sache ist, daß der hamburgische Senat, den Herr Noske in dieser Weise rüffelt, in der Mehrheit aus Reichssozialisten besteht.

Hören wir, was ein bürgerliches Blatt über die Vorgänge in Hamburg berichtet. Der Korrespondent des „Berliner Tageblatt“ schreibt, daß der hamburgische Senat lediglich einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen hat, in dem er zur Ruhe und Besonnenheit mahnte, und dann um die Hilfe der Reichswehrtruppen in Berlin gebeten habe. Der Verleitetatter fragt dann:

Was aber hat der Senat nicht getan? Er hat nicht der mit gutem Recht sein Einsprechen in der Heißhagen Stenbalaffäre fordern, erregt, aber damals gewiß noch lenkbaren Volksmenge so rasch und so nachdrücklich wie möglich die beruhigende Versicherung gegeben, daß alles nur Erdentliche unverzüglich geschehen werde, um eine solche Gefährdung der Volksgesundheit ein für allemal ganz unmöglich zu machen, im Falle Heil und in allen anderen Fällen. Er hat nicht zur rechten Zeit der Staatsanwaltschaft Anweisung gegeben, gegen Wucherer, Schieber und Lebensmittel-fälscher gang rücksichtslos und unerbittlich nach jeder Möglichkeit mit der Schärfe des Gesetzes vorzugehen.

Dies kommt also deutlich zum Ausdruck, daß es nicht irgendein Plan war, der die Unruhen in der Bevölkerung herbeigeführt hat, sondern daß ihnen lediglich die Untätigkeit der hamburgischen Behörden die Schuld trug.

In einem anderen bürgerlichen Blatte, der Berliner „Volkszeitung“, mahnt ein Hauptmann Willi Meyer die Regierung, endlich von der Gewaltpolitik zu lassen. Er schreibt dem Blatte, nach einer scharfen Kritik des Erlasses gegen die Streiks:

Der bisherige Weg der kurzfristigen, zweischneidigen Blut- und Eisenpolitik darf nicht weiter gegangen werden. Er führt ins namenlose Angliad. Gewiß darf ein für Ruhe, Ordnung und Sicherheit Verantwortlicher nicht vor seinen Zugriffen, vor dem Appell an die Waffen zurückweichen. Alles kommt auf den Geist und

Stimmzustand des Volkes, auf Art und Weise der Ausrüstung an. Wenn von der obersten Stelle in dieser Weise, wie hier, Gewalt verordnet wird, hat man dann ein Recht, sich über die entgegenstehenden Taten der ausführenden unteren Stellen zu wundern, die die Folgen sein werden, wie wir ja aus den Märztagen her wissen.

Mehr Schutzlosigkeit in der Verordnung der Antowung blutiger Daseinsgehalt gegen die eigenen, von beinahe fünf Kriegsjahren seelisch, körperlich und wirtschaftlich gemürbten Volksgenossen ist dringender erwünscht! Mehr Psychologie, mehr Menschenliebe, mehr Proletarierfreundlichkeit ist unerlässlich. Das läßt sich alles mit der unbedingt gebotenen Energie sehr wohl vereinigen. Der zu Kraft gespannte Vogel springt! Ob nicht die jetzige Methode ein Schrittmacher für den Bolschewismus ist? Wer ihn nicht will, muß gegen diese Methode Front machen. Nicht allein den Herrn Reichsminister trifft die Verantwortung für derartige gefährliche und schädliche Befehle, sondern vielleicht mehr noch denjenigen, der dem Befehlshäftigen solche Befehle ausarbeitet und zur Unterschrift vorlegt.

Der Mahnruf wird ungehört verhallen. Auch an dieser Regierung wird sich das alte Wort erfüllen: Wenn die Götter verderben wollen, den Schlangen sie mit Blindheit.

General v. Lettow-Vorbeck geht als Reichskommissar nach Hamburg. Die Arbeiterschaft aber wird sich auch hierdurch nicht provozieren lassen. Sie kann warten. Sie weiß, daß ihre Zeit kommen wird.

## Neue Verhaftungen.

Am Montag mittag ist in der Alexandrinenstraße der Kommunist Herr Lutz von einem Offizier und einem Zivilisten verhaftet worden.

Die der Allgemeine Verband Deutscher Bankbeamten mitteilt, ist gestern nachmittag Herr Emonts im Bureau des Verbandes verhaftet worden.

## Belagerungszustand und Unternehmerwillkür.

Der Belagerungszustand ist heute wieder verschärft worden. Die Polizeistunde wurde auf 10 1/2 Uhr festgesetzt. Um 11 1/2 Uhr müssen alle Straßen geräumt sein. In den Geschäftsbetrieben stellen die Unternehmer die Belagerungszustand vor die Entscheidung, sich entweder mit der Wiedereinführung der Arbeitsarbeit einverstanden zu erklären, oder die Einstellung von Teilen der Betriebe, Räumigungen und Lubnützungen hinzunehmen. Die Arbeiter der hiesigen Werke wollen neue Forderungen erzwingen. Diesmal soll nach Mitteilungen der sozialdemokratischen Presse eine einmalige Teuerungszulage von je 1000 Mark verlangt werden.

## Staatsangestelltenstreik in Breslau.

Ein neuer Streik ist gestern hier ausgebrochen. Es handelt sich darum, daß die niederen Lohnangestellten der Universität, der Technischen Hochschule, der ihnen angegliederten Institute, der Regierung und des Oberpräsidiums den in Berlin abgeschlossenen Tarif nicht anerkennen. Der Schlichtungsausschuß in Breslau führt Einigungsverhandlungen.

## Schwedische Erze für Deutschland.

Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung“ aus Uleua wird die Erzabfuhr nach Deutschland in nächster Zeit wieder in großem Stil aufgenommen. Im Laufe der Woche werden 80 Erzdamper aus deutschen Häfen erwartet.

## Reichskonferenz der Arbeiterräte Deutsch-österreichs.

Die Reichskonferenz der Arbeiterräte Deutsch-österreichs trat heute vormittag im Sitzungssaal des ehemaligen Abgeordnetenhauses zusammen. Der Vorsitzende, Friedrich Adler, richtete in seiner Eröffnungsrede Grüße an die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Arbeiter aller Länder.

Er begrüßte sodann unter lebhaftem Beifall der Konferenz die Vertreter des Zentralrates der deutschen Arbeiterräte, Knoblauch und Schimmel. Knoblauch bedauerte, daß durch den in der Entente verkörperten internationalen Imperialismus der Zusammenschluß Deutsch-österreichs mit dem Deutschen Reich verhindert werde.

Friedrich Adler gab eine Darstellung der Entwicklung der Arbeiterräte in Deutsch-österreich. Er erinnerte an die Stellungnahme des Reichsvollzugsausschusses gegen das Verlangen, auch hier angesichts der Münchener Ereignisse zur Ausrückung der Diktatur zu schreiten. Unter Widerstand hatte den Erfolg, sagte Adler, daß wir nicht in die bedauerliche Niederlage des Münchener Proletariats hineingezogen wurden. Jede Niederlage des Proletariats in anderen Ländern und umgekehrt auch jeder Sieg muß seine Rückwirkung auf die unmittelbar angrenzenden Länder haben.

Bei Erörterung der Berichte der einzelnen Länder wurde der österreichische Delegierte, der scharfe Angriffe gegen die Kommunisten richtete, von diesen durch lebhaften Zwischenruf unterbrochen, bis die Kommunisten schließlich den Saal verließen.

## Zur Frage der Einigung.

Die Parteileitung der U. S. V. D. hat sich mit den Verhandlungen des Einigungskongresses befaßt. Die Reichskonferenz der U. S. V. D., die am 22. und 23. Juni in Berlin tagte, hat den Standpunkt der Parteileitung der Partei gebilligt. Der Kongreß der Parteileitung für Einigung der Sozialdemokratie hat in seinem Verlauf völlig befähigt, was die Parteileitung der U. S. V. D. vorausgesetzt hat, daß dieser Weg vollständig, ungeeignet ist, die Einigung des revolutionären Proletariats herbeizuführen. Nicht um Verwirklichung der sozialen Gegensätze kann es sich jetzt handeln, nicht um die Zusammenfassung von Arbeitern entgegengesetzter politischer Grundanschauungen in einem organisatorischen Verband, sondern um die Revolutionierung der Köpfe und den

Zusammenbruch der revolutionären Arbeiter. Zu diesem Zweck gilt es, auch den letzten Arbeiter, der das Gewaltregime haßt und kein Leben dem Sozialismus weicht, in die Reihen der U. S. V. D. zu führen.

## Die Arbeiterschaft und die Regierung.

Die Groß-Berliner Arbeiterschaft fand sich gestern in 29 Versammlungen zusammen, um ihre Meinung über die gegenwärtige Regierung zum Ausdruck zu bringen. Die Versammlungen waren überfüllt, viele Lokale konnten die Besucher nicht fassen. Die einzelnen Referenten schilderten die äußere und innere Lage und gaben unter stürmischer Zustimmung der Zuhörer das der Reaktion dienende Wirken der heutigen Regierung. Daß dabei die Kassekassen ganz besonders unter die Lupe genommen wurden, erklärt sich aus der Sachlage heraus. Es wurde aber auch überall betont, daß trotz aller berechtigten Empörung Einzelaktionen unsere Arbeit nur schwächen, Putsche schädlich wirken und unsere Arbeit sein müsse die Aufführung der Massen zum revolutionären Sozialismus, für den Rätegebanen. Nicht durch die bürgerliche Demokratie kommen wir zum Sozialismus, wie die Reichssozialisten sagen, sondern durch den Sozialismus zur wahren Demokratie. Keine Vergrößerung der Aktionen, sondern planmäßige Arbeit bringe uns vorwärts. Dies sei zwar mühsam, aber noch immer habe Ausdauer und Zähigkeit zum Ziel geführt.

Der Beifall und die Zustimmung in den Versammlungen stehen keinen Zweifel darüber, wie die Arbeiterschaft von Groß-Berlin über die heutige Regierung denkt, die nur noch dauernd mit dem Belagerungszustand regieren kann und durch ihre Freiwilligenkorps die gegenrevolutionären Bestrebungen fördert. Das Urteil, das gestern über die heutige Regierung gefällt wurde, war ein vernichtendes. Nirgends fand sich ein Mensch, der die Regierung verteidigte. Es war ein Volksteil dieses Urteil über die Noske-Regierung.

Die Versammlungen im Süden und Südwesten waren glänzend besucht. In den beiden Lokalen in der Hasenheide sprachen die Genossen Haase und Adolf Hoffmann, im Deutschen Hof in der Ludowig Straße referierte Wegmann, während in der Dennewitzstraße im vollgepackten Saale des hiesigen Lokals Genosse Led die Taten der Regierung unter die kritische Lupe nahm. Die Versammlungen im reinen Arbeiterviertel im 4. und 6. Kreise waren wie immer überfüllt und in großartiger Stimmung. Auch die Versammlungen in den Vororten waren fast ausnahmslos voll, wie selten vorher.

In Lichtenberg führten die Arbeiter in diesen Massen zum Versammlungsort. Bald war der große Garten des Café Bellevue bis zum letzten Platz gefüllt. Stürmische Zustimmung fand die Mitteilung des Vorsitzenden Genossen Thurn zu Beginn der Versammlung, daß die soeben im gleichen Garten stattgefunden, riesig besuchte Eisenbahnerversammlung einstimmig beschlossene habe, im Streik zu verharren. Es referierte Genosse Ritter. Seine Ausführungen fanden reifliche Zustimmung. Es mögen etwa 4000 Personen daran teilgenommen haben, ein Beweis, daß sich nur wenige Knechtliche von der Ungunst der Witterung zurückhalten ließen.

Schöneberg. Der Besuch der Versammlung war ein ungeheurer, im Hofe der Schule mußte eine Parallelversammlung abgehalten werden, die von Tausenden besucht war. Die Stimmung war außerordentlich. Genosse Julek sprach unter tosendem Beifall in beiden Versammlungen.

Reinickendorf-West. In einer gut besuchten Versammlung — über 1000 Personen — referierte Genosse Wittenberg dessen Ausführungen mit großem Beifall aufgenommen wurden. Es wurde eine große Anzahl Neuaufnahmen für die Partei gemacht.

## Unliebliche Zustände in den Militärgefängnissen.

Grauenregende Zustände herrschen im Militärgefängnis in Frankfurt a. O. (Gartenstraße). Das Gefängnis ist durchweg verschmutzt, verlaust und verwanzt. Die Unreinlichkeit ist so groß, daß alle Inhaftierten Krätze haben. Letztendlich wird an die Gefangenen nicht ausgehändigt, benutzen sie ihre eigene, so erhalten sie dieselbe nicht zurück. 80 Gefangene sind gezwungen, einen einzigen Abort (die anderen sind unbrauchbar) in einer Stunde zu benutzen. Bewegung auf dem Hofe gibt es überhaupt nicht. Guraern in Militärgefängnissen ist keine Keule, aber hier sind die Zustände empörend. Die Gefangenen sollen täglich ein Liter Essen, meist Suppe, etwas Kaffee und 375 Gramm Brot erhalten. Die Brotration beträgt aber in Wirklichkeit oft nur 250 Gramm täglich, da nicht mehr geliefert wird. Beschwerden werden nicht berücksichtigt.

Anfolge dieser verächtlichen Zustände ist einer der Gefangenen, der noch dazu später freigesprochen wurde wahnhaftig geworden und mußte in die Irrenanstalt in Landberg a. W. übergeführt werden.

Echternungswürdige Zustände bestehen auch in der Rieles Arrestantenanstalt in der Feldstraße. Zum Waschen wird niemals Seife, sondern nur Sand gegeben. Innerhalb 8 Monaten konnten die Gefangenen die Unterzeug nicht wechseln, und da sie keine Seife bekamen, konnten sie es auch nicht waschen. In der ganzen Woche werden die Gefangenen nur eine halbe Stunde lang an die frische Luft geführt. Das unerbittliche an diesen Zuständen ist jedoch, daß diese Arrestanten, die nur für Arrestanten bestimmt ist, voll von Strafgefangenen ist, die zum Teil mehrjährige Gefängnisstrafen zu verbüßen haben.

Die Militärbehörden sehen all diesem Treiben untätig zu; für sie ist der gemeine Soldat heute noch genau eine solche Sache wie er es vor dem 9. November war.

## Ein Protest.

Ins ging folgendes Telegramm aus Madrid zu: Die spanische Sektion der sozialistischen Internationale protestiert nachdrücklich gegen die Ermordung von Bauer und von Leviné. Sie spricht die Hoffnung aus, daß Toller im Namen des sozialistischen Ideals begnadigt werden wird.

Verwaltungskommission: Galefiah, Präsident. Augustano, Sekretär.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Kabsch, Berlin. — Verlagsgenossenschaft „Arbeit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Vindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 12.



# Der Berliner Verkehrsstreik.

## Fortdauer des Eisenbahnstreiks.

Entgegen allen anderslautenden Meldungen erfahren wir von der Streikleitung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes, daß der Streik in voller Schärfe fortbesteht. Wo infolge der letzten Verträge die Arbeiter und Beamten an die Arbeit gegangen sind, erklärten sie sich wieder solidarisch mit den Streikenden der übrigen Betriebe. Auch der Allgemeine Eisenbahner-Verband erklärte sich vollkommen solidarisch bis zur Erfüllung der Forderungen. Jede Meldung über Beilegung oder Abebben des Streiks ist völlig unwahr und irreführend.

Die Funktionäre des Deutschen Eisenbahner-Verbandes stellten sich in einer gestern vormittag abgehaltenen Sitzung auf den Standpunkt, solange ein Streik zu bestehen, bis die Forderungen erfüllt sind. Es wird an den drei Hauptforderungen festgehalten: 1. Einmalige Zahlung von 800 Mark für Beamte und 600 Mark für Arbeiter sowie Erhöhung der Stundenlöhne um 1 Mark; 2. sofortige Entlohnung aller aus Kuloh des Streiks verhafteten Kollegen; 3. die Demokratisierung der Betriebe im Sinne der Jenner Richtlinien.

In einer Versammlung der streikenden Eisenbahner von Stralau-Nummelsburg-Lichtenberg, die gestern nachmittag im Garten des Café Bellevue stattfand und von ungefähr 5000 Personen besucht war, wurde von verschiedenen Funktionären Bericht über die Streiklage gegeben. Scharf wurde das durchsichtige Mandat der Tagespresse gebührend, das darauf hinausläuft, die Gemeinsamkeit der Aktion zu durchkreuzen. Mit lebhaftem Beifall wurde die Mitteilung entgegengenommen, daß die „Freiheit“ bereits in ihrer Abendausgabe den wirklichen Sachverhalt an hervorragender Stelle brachte. Ebenso wurde mit lebhaftem Beifall die Bundesgenossenschaft der Straßenbahner und Hochbahner begrüßt. Man sprach sich auch sehr kurz gegen die Beförderung der Lebensmitteltransporte aus, da dies nur wieder zur Zersplitterung der Bewegung führe. Man machte geltend, daß den maßgebenden Behörden Zeit genug gelassen worden sei, den Forderungen entgegenzukommen. Solange der Stadtbahnverkehr noch gehe, habe man auch keine Veranlassung, die Lebensmitteltransporte zu beschleunigen. Ein Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes sprach den streikenden Eisenbahner die höchste Sympathie der Groß-Berliner Metallarbeiter aus. Es wurde dann noch Mitteilung gemacht, daß die Kollegen Fromann, Schombach, Meyer und Weige Sonntag vormittag aus der Haft entlassen worden seien, während Anebel und Milla noch festgehalten würden. Mit großer Enttäuschung wurde von der Versammlung die Annahme zurückgewiesen, daß Anebel freigelassen werden solle, wenn die Arbeiter Dienstag früh die Arbeit wieder aufnehmen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die von ca. 5000 Eisenbahnern besuchte Betriebsversammlung im Café Bellevue, Nummelsburg, erhebt klammernden Protest gegen die willkürliche Verhaftung des Kollegen Anebel. Sie verlangen mit aller Schärfe dessen Entlassung, da gegen den Kollegen auch nicht der kleinste Schein einer Ungeheiligkeit vorgebracht werden kann. Die Verhaftung fordert weiter die sofortige Entlassung aller anlässlich des Post-Erlasses verhafteten Kollegen.“

Im Streik waren gestern nachmittag: Berlin I, II, III, Pankow, Tempelhofer, Tempelhofer, Charlottenburger, Grunewald, Grunewald-Austragenbahnhof, Halensee, Götlicher Bahnhof, Potsdam. Auch auf allen übrigen Bahnhöfen macht sich der Streik stark bemerkbar.

In einem Reichsgericht Hof, Reichsberger Straße, gestern nachmittag 3 Uhr stattgefundenen Eisenbahner-Versammlung, die von ungefähr 600 Eisenbahnern besucht war, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Kollegen vom Götlicher Bahnhof erklären sich mit den im Ausland bestehenden Kollegen solidarisch. Sie beharren auf ihrer Forderung fester als zuvor und sind nicht durch die Verhaftungen beeinflussen lassen.“

## Systematische Gelo.

Für die Forderungen der streikenden Eisenbahner hat die gesamte bürgerliche Presse kein Verständnis. Die soziale Lage geht ungeändert weiter. Auch der „Vormarsch“, hat sich bisher in der angelegentlichsten Weise daran beteiligt. Jetzt kommen auch die sozialdemokratischen „Politisch-Parlamentarischen Redaktionen“ des Reichstages als Richter und Schlichter gegen die streikenden Eisenbahner den Mannsfuß. Herr Reichsrichter ist anscheinend mit der Aufhebung des Post-Erlasses, der jedoch böses Blut angeht hat, nicht zufrieden. Er schreibt:

„Trotz der Aufhebung aller Organisationsfehler, nach Aufhebung des Streikverbotes für die Eisenbahner werde die Arbeit wieder aufgenommen werden, damit die Arbeitsniederlegung an und wilde Streikposten halten die Leute, die zur Arbeit kommen, von der Aufnahme der Tätigkeit ab. Höchlichst ist mancherorts von den Streikenden erklärt worden, daß es sie wenig kümmere, wenn in Berlin eine Anzahl von Frauen und Kindern verhungere. Die allgemeinen Interessen werden in feierlicher Weise vollständig von diesen wilden Streikern außer acht gelassen. Es wird also die Pflicht der Regierung sein, dafür Sorge zu tragen, daß unablässig alles Unheil von der Berliner Bevölkerung abgewendet wird. Da die Anordnungen der Organisationsleiter keine Verbindung finden, ist angeordnet worden, daß jedem Versuch, den Eisenbahnverkehr weiter zu unterbinden und durch Terrorismus die Arbeitsaufnahme zu verhindern, mit größtem Nachdruck entgegenzutreten ist.“

In dieser schönen Kundschweise haben die Scham- und Schamblätter geschrieben. Doch sie heute ein Reichsrichter, derartige Töne erlauben kann, beweist, wie weit sich diese Herren von der Gedankenwelt der Arbeiterklasse entfernt haben. Herr Reichsrichter verbreitet zugleich noch die Nachricht, daß auf dem Lichterberg Verhörsbahnhof eine größere Anzahl Schlichter bereit seien. Auch daran sollten die streikenden Eisenbahner sich nicht scheuen, sich nicht leugnen, daß ein Verhörsstreik schlimme Folgen mit sich bringt. Aber durch Verhörsstreik und verlogene Berichte schafft man die Ursache der Unzufriedenheit nicht aus der Welt. Man steigert vielmehr unüberwiegend die Erbitterung.

Statt den starken Mann zu spielen, läte die Regierung gut, den Geist der Verbönnung anzuwenden und den Streikenden ent-

gegen zu kommen, so weit dies bei den heutigen Wirtschaftsverhältnissen möglich ist. Ein glattes Nein kann unmöglich auf die Dauer Ruhe und Ordnung verbürgen.

## Winkt und kein Ende.

Obwohl am Sonntag abend amtlich angekündigt wurde, daß der Post-Erlass aufgehoben worden sei, haben sich gestern vormittag Regierungstruppen unter Führung eines Offiziers am Bahnhof Eichkamp einen neuen Eingriff in das Koalitionsrecht der Eisenbahner erlaubt. Sie haben dort einen Arbeiter, den ein höherer Eisenbahnbeamter als Streikführer bezeichnet, verhaftet. Als ein Arbeiteramtmitglied dagegen Einspruch erhob, wurde dieses gleichfalls verhaftet. Ein 50 Arbeiter wurden von den Regierungstruppen umringt und es wurde ihnen gebot: Entweder ihr arbeitet oder wir verhaften euch! Durch die Drohung eingeschüchert und um nicht ins Gefängnis zu marschieren, besaßen sich diese Leute zur Arbeit. Wegen dieser willkürliche Aufhebung des gesetzlich festgelegten Koalitionsrechts muß der schärfste Protest erhoben werden.

Weiter wird uns noch mitgeteilt, daß am Sonntag früh der Eisenbahner K. in Neukölln aus dem Bette geholt und nach dem Schloß gebracht wurde. Dort mußte er ein Schriftstück unterschreiben, daß er bereit sei, zu arbeiten. Wenn nicht, sollte er nach Moabit gebracht werden. Er zog unter dem Zwang der Verhältnisse die Arbeit dem Gefängnis vor und wurde hierauf mit noch zwei anderen Leidensgefährten unter harter Bewachung zu seiner Arbeitsstelle gebracht. Wie haben bereits über einen ähnlichen Fall berichtet, haben ihn aber für bereinigt gehalten. Nunmehr stellt sich heraus, daß dieses System der Wiedereinführung der Sklaverei ganz allgemein gehandhabt wird.

Zu dem Winktrakt auf dem Bahnhof Eichkamp wird uns noch mitgeteilt, daß die verhafteten Kollegen Preul und Gröbel auf energische Einsprüche des Bevollmächtigten des Deutschen Eisenbahnerverbandes wieder freigelassen worden sind. Den Anlaß zur Verhaftung hat der Regierungsbeamter Kühne gegeben.

## Der Berliner Verkehrsstreik.

Berlin wird von heute früh ab im Zeichen des allgemeinen Verkehrsstreiks stehen. Bei der geheimen Abstimmung unter den Angehörigen der Groß-Berliner Straßenbahn, der städtischen Straßenbahnen, der Berliner O-Bahnen und der Hoch- und Untergrundbahnen wurde mit überwältigender Mehrheit beschlossen, in den Streik zu treten. Von 17 478 Stimmberechtigten stimmten 14 785 für den Streik, 770 dagegen, während sich 1929 der Stimme enthielten.

Damit ist der Streik für die Straßenbahn und die Hoch- und Untergrundbahn endgültig beschlossen. Die Omnibusangehörigen haben sich an der Abstimmung noch nicht beteiligt. Sie wollen erst das Ergebnis der Verhandlungen, die zwischen der Direktion und den Angestellten schwelen, abwarten. Die Generalstreikleitung trägt die Erwartung aus, daß die Omnibusangehörigen einwillen nicht als Streikbrecher angesehen werden. Das Abstimmungsergebnis bei den übrigen Verkehrsmitteln ist den Direktionen mitzuteilen worden. Die Angestellten haben ausdrücklich bemerkt, daß sie zu jeder Stunde bereit sind, in Verhandlungen einzutreten. Sie legen das vorübergehende Verweigerung dagegen ein, daß ihr Streik politischen Motiven entspringt. Ihre Forderungen sind rein wirtschaftlicher Natur. Sie verlangen die Gewährung einer einmaligen Wirtschaftsprüfung in Höhe von 700 Mark und Regelung der Urlaubfrage. Nichtanarbeiten sollen während des Streiks unter allen Umständen ausgeführt werden.

Der Streik wird den Berliner Verkehr in der schwersten Weise treffen. Es ist zu erwarten, daß die maßgebenden Stellen ihre ablehnende Haltung aufgeben und zu einer Verständigung mit dem Groß-Berliner Verkehrspersonal kommen. Ohne Zweifel wird wieder eine große Anzahl wilder Verkehrsmittel in Tätigkeit treten, durch die der Wirkung des Gesamistreiks ein gewisser Abbruch getan wird. Vor allem wird durch diese wilden Verkehrsmittel wieder eine Bewunderung des Publikums einsetzen. Hoffentlich vermag die Polizei diesem Treiben Einhalt zu bieten.

Wie wir hören, wird der Pöbelverband Groß-Berlin sich bereits im Laufe des heutigen Tages mit der Streikleitung in Verbindung setzen, um Verhandlungen anzubahnen. Auch der Berliner Volksgewerkschaft hat seine Vermittlung angeboten.

## Die Politik der Generalkommission.

Die Generalkommission der Gewerkschaften wird in Nürnberg ihre Kriegs- und Revolutionspolitik vor dem deutschen Proletariat zu verteidigen haben. Darum trifft es sich gut, daß rechtzeitig zum Gewerkschaftskongress eine Schrift erscheint, die sich die Aufgabe stellt, die Politik der Regien, Bauer und Genossen eingehend zu untersuchen und auf ihre letzten, in den Lebensbedingungen der Gewerkschaften im Klassenkampf wurzelnden Ursachen zurückzuführen.

In einer Broschüre „Die Politik der Generalkommission“ (Verlag der Leipziger Buchdruckerei, N. O. 72 Seiten, 1.25 M.) schildert Hermann Liebmann die Entwicklung der Politik und des Einflusses der Generalkommission. Die Anfänge dieser mächtvollen Arbeitskraft gehören fast schon der Geschichte an. Liebmann versteht es aber nachzuweisen, daß bereits die ersten Regungen dieser höchsten Gewerkschaftsinstitution Schritte auf einem Wege waren, der mit der Kriegspolitik der Gewerkschaften sein heiß erstrebtestes Ziel erreicht zu haben glaubte. Was schon im Dunkel der Vergangenheit zu verjüngen und damit dem Verständnis der Gegenwart entgegen zu werden drohte, bringt Liebmann durch seine tiefgründige Untersuchung wieder in lebendige Verbindung mit dem Geschehen der neueren Zeit. Er sieht es ab, die Erscheinungen der Gewerkschaftspolitik abzulösen mit dem Schlagwort vom „Vertrauen an den Arbeiterinteressen“ und damit auf eine Erklärung für diese Erscheinungen zu verzichten, sondern er folgt nach ihren Gründen und findet sie in den Hemmungen, die die wachsende Macht der Unternehmervereine und Kartelle und ihr steigender Einfluß auf die Staatsgewalt dem gewerkschaftlichen Kampfe entgegensetzten. Es ist vielleicht ein

Mangel der Beweisführung Liebmanns, daß er vorwiegend die von außen kommenden Einwirkungen zur Erklärung für die tatsächlichen Verirrungen der Gewerkschaften heranzieht und es unterläßt, die aus dem inneren Wesen der Bewegung und der Beschränkung des gewerkschaftlichen Denkens auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Rahmen der kapitalistischen Ordnung erwachsenden geistigen Strömungen näher zu untersuchen und neben den äußeren Einflüssen zur Beweisführung zu benutzen. Wichtig ist jedoch das Endergebnis seiner Untersuchungen, nach dem die Sucht nach sofort fühlbarem Erfolg die Gewerkschaftskämpfe bewog, den Boden der Klassenkampftaktik zu verlassen und durch parlamentarische Kattieren mit der Bourgeoisie die gewünschten Erfolge mit Hilfe einer lediglich auf sozialen Reformen zielenden Arbeiterpolitik zu erschleichen. Liebmann kennzeichnet mit Recht diese Tendenzen und ihren stärksten Einfluß auf die demokratische Partei und ihre Reichstagsfraktion als die wichtigste Ursache für den schmählichen Zusammenbruch im August 1914.

Die kleine Schrift ist eine reiche Fundstätte von sachlichen und gedankenvollen Argumenten für jeden Gegner der Sozialdemokratie. Die Genossen, die in den Gewerkschaften in Opposition zu den Führern stehen, sollten sich Liebmanns Beweisführung, die das Uebel an der Wurzel packt, zu eigen machen. Sie verhalten damit, daß der Kampf um die Revolutionierung der Organisationen hinabstinkt auf das Niveau kleinen Gewinns und Nebenbedinge.

## Zehnter Gewerkschaftskongress.

Nürnberg, 30. Juni.

Unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung wurde heute früh im Saalbau der Jehnle deutsche Gewerkschaftskongress durch den Vorsitzenden der Generalkommission Karl Regien eröffnet. Der Kongress ist durch 10 Verbände mit 664 Delegierten besetzt, die 476 500 Arbeiter und Arbeiterinnen vertreten.

Sehr zahlreich sind auch Gäste aus dem Ausland anwesend. Die Landeszentrale der schwedischen Gewerkschaften ist vertreten durch Hermann Lindquist und Söderberg-Göteborg, der dänische Gewerkschaftsbund durch Radßen, die Landesorganisation der norwegischen Gewerkschaften durch Karoos-Christiansen, der niederländische Gewerkschaftsbund durch Ruyler-Amsterdam, der schweizerische Gewerkschaftsbund durch Dürr und Hühner. Ferner ist anwesend Grenllah aus Zürich. Die österreichische Gewerkschaftskommission ist vertreten durch Heber, Huppert und Grünwald-Wien. Ferner sind vertreten das bayerische Beamtenkartell, der Deutsche Beamtenbund, die bayerische Beamtenvereinschaft, die Gesellschaft für soziale Reform, die deutschen Konsumvereine, ebenso der Zentralrat der Arbeitergemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeiter.

Regien eröffnet die Versammlung mit dem Hinweis, daß der Kongress in der schwedischen Zeit stünde, die je die deutsche Arbeiterklasse zu durchleben hatte. Er denkt der Opfer des Krieges und sieht die Hoffnung aus, daß diese Opfer umsofort gebührend seien. Die Hoffnung auf einen Frieden der Verständigung, auf eine Verständigung der Völker ist nicht erreicht worden. Statt der Verständigung haben wir einen Frieden der Gewalt erhalten. Dieser birgt eine Quelle neuen Hasses in sich. Wie haben die Hoffnung, daß internationale Verhandlungen diese unbelustete Ta. des Imperialismus, Kapitalismus und Militarismus nicht zur Entfaltung bringen wird. Die Revolution hat bei uns die Entwicklung freigemacht. Diese Entwicklung wird aber gehemmt durch den Frieden der Gewalt. Das Friedensverbot erschwert, ja macht es uns fast unmöglich, die Aengstlichkeit der Dinge durchzuführen. Am härtesten leidet darunter die Arbeiterklasse. Sie wird aber auch die erste sein, die uns hinausführt aus diesen Verhältnissen. Das kann aber nur geschehen, wenn die Arbeiterklasse einigt ist. (Stürmischer Beifall) Die Hoffnung, daß Einigkeit herbeiführt werde, wird keine vergebliche sein. (Erneuter lebhafter Beifall) Die Revolution haben wir seit 1905 zu unseren Kongressen nicht mehr eingeladen, nachdem sie uns beim Deutscher Arbeiterkongress 1904 folgen ließ, daß sie keine Zeit habe. Heute ist eine solche Antwort nicht zu bestreiten. Wer heute haben wir auch nicht nötig, Regierungsmittel einzuladen, denn Vertreter unserer Organisationen sitzen heute in wichtigen Regierungstellen.

Regien begrüßt Regien die ausländischen Gäste, die heute während des Krieges zur Internationalen gehalten haben. Die Gäste werden sehen, daß wir uns heute nicht mehr rufen zum Kampfe für nationale Arbeitsforderungen, sondern daß es jetzt gilt, die härteste Art zu finden, alle Arbeiterforderungen durchzuführen, zur Erlangung des Sozialismus. Daß es da Revolutionen geben werden, ist selbstverständlich.

Es folgt dann eine Begrüßung des Kongresses durch Pauli-Nürnberg namens der proletarischen Gewerkschaften Nürnberg.

Namens der bayerischen Regierung begrüßt den Kongress Gasteiner. Nach einer weiteren Begrüßung durch einen Vertreter der Stadt Nürnberg wurde zur Wahl des Bureau's geschritten, wobei sich die Opposition stark bemerkbar machte. Schumacher-Berlin stellt den Antrag, in das Bureau ein Mitglied der Opposition zu wählen, die grundsätzlich mit der Generalkommission nicht einverstanden sei. Er schlägt hierfür zunächst Richard Müller vor, sieht diesen Antrag aber dann zurück und ernennt Simon-Nürnberg. Von der anderen Seite werden vorgeschlagen zu Vorsitzenden Regien, Leisart, Vorsitzender des Salzarbeiterverbandes, und Reichel-Fluitend von Reichsarbeiterverband. Bei der Wahl werden diese drei gewählt und Simon abgelehnt, für den nur eine geringe Stimmenzahl abgeben wird.

Daran wird von der Opposition der Antrag gestellt, nunmehr grundsätzlich vor der Annahme der Sachführerwahl festzusetzen, ob die Opposition im Bureau vertreten sein soll. Der Vorsitzende Regien bemerkt an dem Antrag: Woher war es auf dem Gewerkschaftskongress üblich, daß es nur Delegierte mit kleinen Stimmen habe. Wenn jetzt von einer Opposition geredet wird, so muß sich in hier eine Sonderorganisation gebildet haben. (Rufe: Chol! Woher Rufe!) Die Einheitslichkeit der Stimmen beweist die Minderheit dieser Auffassung. Es scheint danach also hier schon eine Sonderorganisation geschaffen zu sein. (Erneute Zwischenruf: Unrecht! Freiheit! Ihr habt wohl keine Meinungen!) Das muß der Kongress zurückweisen. Wir haben jetzt keine grundsätzlichen Entscheidungen zu treffen, sondern nur ein Bureau zusammenzustellen, das aus Delegierten besteht, die uns für dieses Amt am gerinnlichsten erscheinen. (Erneuter Rufe: Rufe! Nach Bureau! Nach Bureau!)

Der Kongress beschließt darauf grundsätzlich, diese Frage zur Erörterung zu stellen; und es beginnt darüber eine längere Verhandlungsdebatte.

Van-ge-Drederik: Wir wollen die schon lange bestehenden Gewerkschaften an den Arbeiterinteressen und den Forderungen des Rätesystems offenlegen. Wir bitten darum, und auch im Bureau einige Sitze zu bewilligen.

Schabel-Berlin: Die Opposition hat am Sonntagabend eine Art Vorparlament abgehalten. Das ist ein unerhörter Fall in der Gewerkschaftsbewegung (Leb., hier, hier und hier!) Wir haben keine Veranlassung, ihnen für Ihre besondere Tätigkeit die Elektrizität zu halten. (Beif. bei der Rede.)

Schumacher-Berlin veröffentlicht das Zusammenbrechen der Opposition am Sonnabend.

Regien bittet auf Vorschlag des Vorsitzenden hat nicht Schriftführer zu wählen und davon drei. Sie an die Opposition abzutreten. Der Kongress beschließt: Die Wünsche der Opposition entsprechend, wird die Zahl der Mitglieder der Mandatprüfungskommission auf fünfzehn festgesetzt.

Von dem österreichischen Gewerkschaftsbund ist noch Domagala erschienen. Karos-Christiana bringt dem Kongress in seiner Heimatsprovinz die herzlichsten und freundschaftlichsten Grüße der Landesorganisation der norwegischen Gewerkschaften. Der Achtundzestens Tag ist in Norwegen in allen Tarifverträgen festgesetzt. Ebenso erhält jeder Arbeiter eine Woche Ferien unter Beachtung des Lohnes.

Katers-Antwerpen: An derselben Zeit sind die niederländischen Gewerkschaften auf dem Kongress der englischen Gewerkschaften vertreten. Das zeigt die zunehmende Stellung, welche die holländischen Gewerkschaften wahrnehmen. Der graufamen Menschenfresserei eingezogen haben. Die Arbeiter müssen sich wieder zusammenschließen. Die internationale Solidarität wird die vom Kapitalismus und Imperialismus errichteten Mauern übersteigen. Die neue Internationale muß härter sein als die alte, und fähiger werden, die Interessen der Arbeiter aller Länder zu wahren. Mit größter Freude konnten wir in Holland feststellen, daß unter den englischen, französischen und italienischen Arbeitern eine starke Bewegung gegen den Gewaltfrieden einsetzt worden ist, der angelündigt war als ein Friedensfrieden. (Stürm. Beifall.)

Von holländischem Beifall begrüßt, erweist Graulich-Berlin das Wort. Er überbringt an Stelle Dürrs, der noch nicht eingetroffen ist, im Namen des schweizerischen Gewerkschaftsbundes die herzlichsten Grüße. Als wir vor 51 Jahren hier in Nürnberg unter dem unvergesslichen Wilhelm Liebknecht tagten, hatten wir keine Ahnung, welche Schwierigkeiten noch beiseite zu räumen wären, um zur Sozialisierung zu kommen. Die Entwicklung hat jetzt eine Stufe erklommen, von der sie nicht wieder zurückgehen werden kann. Neues Gewaltiges steht bevor. Die Jungen können sich nicht mit den alten Formen begnügen. Sie wollen ein schnelleres Tempo. Freunde, wir waren auch so in unserer Jugend. Ohne das Feuer der Jugend hätten wir nicht erreicht, was heute ist. Es ist schauerlich, daß die Sozialisten Deutschlands in dieser Stunde gespalten sind. (Stürm. Beifall.) Aber noch entscheidender wäre es, wenn die Gewerkschaften gespalten wären. (Stürm. Beif.) Freunde, hört die Mahnung eines alten Pioniers der Arbeiterklasse. Seid einzig, gebent die Aufgaben, die noch vor uns liegen, daß die Gewerkschaften noch lange nötig sind, bis sie das Land des Sozialismus erobert haben. (Stürm. langanhaltender Beifall.)

Grünwald-Wien als Vertreter der Gewerkschaftskommission Österreichs bezieht die Arbeitervereinigungen mit Deutschland als allen Traum der Arbeiterklasse Österreichs.

Vor. Leipart dankt allen Gästen, besonders den ausländischen Genossen, und bebauert, daß nicht auch schon französische und englische Arbeitervereinigungen zugegen sind.

Zur Festsetzung der Geschäftsordnung verlangt Richard Müller-Berlin, daß abwechselnd ein Redner für und einer gegen die vom Versammlungsdirektor bezeichneten Ansetzungen das Wort erhalte. Täuschen wir uns nicht über die bestehenden Zustände hinweg. Wir sind uns nicht einig. Die Ansichten gehen weit auseinander. Aber wir müssen uns durch die Aussprache näher kommen, wenn wir unsere Ziele erreichen wollen.

Vor. Leipart: Auch die oppositionell gestimmten Genossen müssen zu Wort kommen. Aber wir können nicht bei jedem Punkt einen scharfen Streich ziehen, wer zur Opposition gehört und wer nicht. Der Antrag Müller wird hierauf abgelehnt.

Schumacher-Berlin: Erhebliche Teile des Berichts werden von uns nicht beanstandet werden. Wohl aber seien unsere Einwendungen ein bei dem Abschluß, der die

#### Kriegspolitik der Gewerkschaften

Betrifft und Hergu schlagen wir Ditzmann-Strassfurt als Referenten vor.

Zur Festsetzung der Tagesordnung liegen eine Reihe von Anträgen vor, das Räte-system zu besprechen.

Richard Müller verlangt, daß die beiden Punkte Arbeitsgemeinschaft und Betriebsräte zusammengelegt werden, da sie beide die sämtliche Wirtschaftspolitik der Gewerkschaften betreffen. Das sei der wichtigste Punkt der Tagesordnung. Dabei sei auch die Politik des Reichswirtschaftsministeriums zu behandeln.

Der Antrag Müller wird mit 200 gegen 205 Stimmen abgelehnt. Dagegen wird beschlossen, auch zu den Punkten Arbeitsgemeinschaft und Betriebsarbeiteräte Referenten zu bestellen. Die Opposition verlangt Referenten auch zur Frage der Sozialisierung und der landwirtschaftlichen Siedlung. Dagegen mündet sich G. H. Berlin. Schumacher-Berlin erklärt, daß gerade bei diesen Punkten sich die Geister noch mehr heizen als bei den anderen.

Ditzmann-Strassfurt (Main): Die Frage der Sozialisierung steht im Mittelpunkt der revolutionären Bewegung. Dazu müssen Vertreter der Unabhängigen und der kommunistischen Partei das Wort erhalten. (Eifriger Widerspruch: Wir sind hier keine Parteiversammlung!) Es ist jedoch zweifellos, um die Sache herumzureden, jedermann weiß, daß die kritischen Fragen eng mit der Parteizugehörigkeit zusammenhängen. Auch Simon-Nürnberg tritt dafür ein, daß die drei Mahnungen zu Wort kommen.

Von der Opposition werden Dr. Rudolf Hilferding und Hedert-Edemühl als Referenten vorgeschlagen. Vor. Leipart bittet schließlich, den Wünschen der Opposition Rechnung zu tragen; es liege vielleicht im Interesse des Kongresses, dementsprechend soll verfahren werden.

Bei Beginn der Nachmittags-Sitzung verlas Vorsitzender Leipart folgendes Beirungs-Telegramm:

Den Verhandlungen des neunten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands wünschen besten Erfolgs. Die Beschlüsse des Kongresses werden nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern für das ganze deutsche Volk von weittragender Bedeutung sein. Die Gewerkschaften sind für die Erholung unserer Wirtschaft unentbehrlich. Die in den gewerkschaftlichen Organisationen gesammelten Erfahrungen dürfen nicht verloren gehen. Die im Wirtschaftskampfe geschaffenen Kräfte müssen in dieser schwersten Zeit des deutschen Kampfes die Führungen übernehmen, wenn weiterer Unheil vermieden werden soll. Mit Gewerkschaftsgruß: Fieri, Bauer, Schilde, Wiffel.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird von der Opposition der Antrag gestellt, sich mit dem

#### Rußischen Streikerlauf

Schumacher-Berlin erklärt, daß die Resolution der Gewerkschaftsverbände nicht die Antwort sei, die einem Russe gebühre. (Sehr richtig und Unruhe.) Die Opposition habe einen schärferen Antrag eingebracht. — Vor. Leipart: Den Antrag können wir erst verhandeln, wenn er gedruckt vorliegt. — Unter Widerspruch und Lärm lehnt der Kongress den Antrag ab.

Hierauf erstattet Regien den Tätigkeitsbericht der General-Kommission: Die Tätigkeit der General-Kommission darf nicht von politischen Gesichtspunkten aus beurteilt werden. Wenn wir von gewerkschaftlichen Gesichtspunkten ausgehen und die Machtverhältnisse berücksichtigen, die für die Beschlüsse und Handlungen der G. K. maßgebend waren, werden wir zu dem richtigen Urteil kommen, daß sie gemäß den tatsächlichen Umständen richtig gehandelt hat. (Sehr wahr! und Widerspruch.) Bei Kriegsandrang mußte die General-Kommission ihre Maßnahmen danach treffen, daß die Gewerkschaften vor dem Zusammenbruch geschützt wurden. Darüber hatte die Reichslandkonferenz am 2. August

1914 zu beraten; denn man fürchtete, daß die Gewerkschaften bei Kriegsandrang aufgelöst würden. Nun wird das Märchen heraufgetragen, daß die Konferenz den Zweck gehabt hätte, die Kriegspolitik zu unterstützen. Die General-Kommission hat während der ganzen fünf Kriegsjahre ihre Politik auf den Schutz der Arbeiterklasse eingestellt, auf weiter nichts. Wohl hat sie mit der Regierung verhandelt, aber sie hat kein Gesetz durchgehen lassen, das der Arbeiterklasse schädlich war, ohne Protest zu erheben, und manches ist durch ihre Verhandlungen mit der bürgerlichen Regierung verhindert worden. (Sehr wahr!) So ist auch der Rostesche Erlaß zu betrachten. So gut er unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands gemeint war, so wenig konnten wir ihn durchgehen lassen, als etwas, was geeignet ist, die Arbeiterklasse zu schädigen. Was wir einer bürgerlichen Regierung gegenüber geltend machen, können wir auch einer Regierung mit durchgehen lassen, die größtenteils aus Sozialisten besteht. Das soll durchaus kein Mißtrauensvotum gegen die Regierung sein. Wir sehen wohl ein, daß die Regierung die Aufgabe hat, das äußerste Uebel von Deutschland und der Arbeiterklasse fernzuhalten. Und das größte Uebel müßte hereinbrechen, wenn die Verkehrsmittel stillstehen und keine Nahrungsmittel mehr in die Städte kämen. (Stürmischer Beifall.)

In der ersten Sitzung war die Landesverteidigung selbstverständlich. Die General-Kommission als solche hat sich niemals damit beschäftigt. (Zuruf: Raus!) Die führenden Gewerkschaftler standen allerdings ausnahmslos auf dem Boden der Landesverteidigung, weil sie das Land nicht schuplos den Feinden preisgeben, die Kriegsgenossen nicht wochenlang lassen und ihre Angehörigen nicht verhungern lassen wollten. (Zuruf: Das letzte Uebel ist eure Schuld!) Die jetzt über den Verrat der Gewerkschaftsführer schreiben, sind die früher Indifferenten, die den Kapitalismus großzügig gelassen haben. (Beifall und Widerspruch.) Unwesentlich ist die Fragestellung der Gewerkschaftskomitees. Treu gediente Genossen würden sich nicht schämen. (Zuruf: Volkspolizei! Großer Lärm.) Früher erhob sich die ganze Arbeiterklasse gegen solche Fragestellungen, und heute streift das Bürgerrecht nur zu sehr über uns hinweg, daß die Beurlaubung organisierter Arbeiter den Dinarismus von Beamten zustimmt, deren Lebensarbeit für die Organisation war. (Minutenlanges stürmischer Beifall.) Dabei erfolgt die Fragestellung in der Besetzung: Nach Platz, damit ich mich setze. (Zuruf: Daraus kommt es Ihnen an!) Überall, wo die gewerkschaftliche Tätigkeit der Beamten nachprüfbar worden ist, hat man sie gebilligt. Trotzdem sind sie gemahnt worden, brutaler als vom brutalsten Unternehmer. (Sehr wahr!) Viele Tabler der General-Kommission haben wahrheitsgemäß ihren Namen eben erst zum ersten Male gehört. Die

#### Politische Berlin des Metallarbeiterverbandes

hat der General-Kommission ihre diese Verachtung ausgesprochen, weil sie zusammen mit Ludendorff an Deutschlands Unglück schuld ist. (Gelächter. — Zurufe: an den Galgen!) Mit dieser Beweisaufnahme kann man die General-Kommission selbst für den Streik der Zimmerer beim Bau der Arche Noah verantwortlich machen. (Weiterlekt.) Umgekehrt liegen die Dinge. Das gegenwärtige Unglück Deutschlands ist hervorgerufen durch diejenigen, die die Einigkeit der Arbeiterklasse gesprengt haben. (Stürm. Beifall und lautes Widerbrüllen.) Durch diese Verleumdung der Einheit in der Arbeiterklasse der Arbeiterklasse gebrochen und der Gewalttätigkeit herbeigeführt worden. Jetzt kämpfen wir gegen den Versuch, diese Verleumdung auch in die Gewerkschaften hineinzutragen. (Stürm. Beifall.) Wenn an der politischen Tendenz der Angriffe noch ein Zweifel bestand, so haben ihn die Sonderkonferenzen der Opposition beseitigt. (Zuruf: Heute Abend vernehmen wir uns wieder!) Weil wir nicht die Politik der U. S. V. und N. P. D. machen, deshalb sollen wir bestraft werden. (Sehr wahr!) Gegen die Zerrüttung auch der Gewerkschaften werden wir uns mit allen Mitteln wehren. (Zuruf: Roste. — Lärm.) Die General-Kommission wird die Einheit im Interesse der Arbeiterklasse aufrechterhalten, wie sie in den Jahren letzten fünf Jahren nur im Interesse der Arbeiterklasse geschäftigt hat. (Stürm. anhaltender Beifall und großer Lärm.) Vor. Leipart fordert von dem Delegierten Lange, der den Zwischenruf Volkspolizei gemacht hat, daß er die Beweise für seine Behauptung dem Kongress vorlegt.

Sobann erhält mit unbeschränkter Redezeit als Wortführer der Opposition Ditzmann das Wort, um gegen die Kriegspolitik der General-Kommission zu sprechen: Nicht die Opposition, die General-Kommission hat der Gewerkschaftspolitik den Parteistempel aufgedrückt. Sie hat sich mit Jähnen und Klauen festgeklemmt an die verderbliche Politik der Scheidemann und Genossen. Sie hat am 4. August der Arbeiterklasse zugerufen: Rechts schwenkt marsch! Sie hat der

#### Judithandvorlage des Hilfsdienstgesetzes

zugestimmt. Sie hat den schwanfenden Thron durch Stellung von Ergänzungen für die Regierung des Feindes Reg zu rücken gesucht. Sie hat den Burgfrieden proklamiert und ist mit jeder Regierung durch die dünn marschieren. (Lachen und Widerspruch.) Ob Ihnen das paßt, ist mir gleichgültig, ich rede zum Gesamtproletariat. (Stürm. Beifall links.) Sie hat gebuhlet, daß die Kriegsgesetze Deutschland ins Unglück führten, daß Wucherer und Schleichhändler dem Volk das Fell über die Ohren zogen. (Beifall links.) Ob die Genossen heute noch für die Aufrechterhaltung der General-Kommission danken werden, Kriegsanleihe zu zeichnen, ist zweifelhaft. (Zuruf: Leipziger Volksgesung!) Wir haben es hier mit der Politik der General-Kommission zu tun. (Ruf: Rufe.) Die General-Kommission ist an der langen Dauer des Krieges mitschuldig. Aus dem jüngsten Roste Erlaß spricht ganz der alte reaktionäre Geist. (Eifriger Widerspruch.) Die große Masse der Gewerkschaftsmitglieder wird ihre politische Interessentretzung binnen kurzem nur in der Unabhängigen Sozialdemokratie erblicken. (Stürm. Beifall links.) Diese Entwicklung steht man vor Augen. (Zuruf: Jetzt fucht man nicht!) Wenn wir hier auch die Minderheit sind, im Grunde sind wir die Mehrheit. (Gelächter und heftiger Widerspruch.)

Wir müssen eine neue revolutionäre Politik verlangen. Nicht die revolutionären Sozialisten, sondern die Verfolger am Sozialismus sind Schuld an der Parteizerrüttung. — Zum Schluß verleiht der Redner die Beamtenentlassungen. Jede Organisation könne sich frei wählen, wenn sie Vertrauen schenken wolle. (Eifrige Zurufe.) Wo war denn das Mitleid beim Raub der Partei-

zeitungen. Die Pariser Pressen jetzt, wo es Ihnen an den Fingern geht, während sie früher frohlockten. (Beifall und heftiger Widerspruch.) Die Männer der General-Kommission können niemals mehr unsere Vertrauensleute sein. Wir haben nicht das Bestreben, die Gewerkschaften zu spalten (Widerbrüllen), aber wir wollen an die Stelle des alten verknöcherten bürokratischen Geistes den modernen revolutionären Geist setzen. Das werden wir erreichen, aber nicht mit Ihnen, sondern mit der breiten Masse. (Stürmischer Beifall links.)

Die Weiterverhandlungen werden auf Dienstag früh 9 Uhr vertagt.

### 10. Verbandstag des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen in Nürnberg

Auf dem Verbandstag waren 80 Delegierte vertreten. Beifall wurde er vom Vorsitzenden Urban (Berlin) und Grau (Nürnberg). Dem Antrag Berlin, das Räte-system als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, wurde in der Weise entsprochen, daß diese Frage bei einem besonderen Punkt der Tagesordnung durch Lange (Berlin) mitbehandelt werden sollte.

Der Geschäftsbericht wurde vom Vorsitzenden Urban (Berlin) erstattet. Der Referent gab ein anschauliches Bild von den Wirklungen des Krieges. Wenn auch während des Burgfriedens Wohlbewegungen im allgemeinen abgedrückt wurden, so habe die Organisation sich doch erfolgreich der Angestellten angenommen. Urban weist den Vorwurf zurück, als hätte die General-Kommission das Hilfsdienstgesetz „genau“. Wenn diesem Gesetz schließlich zugestimmt worden sei, so sei dies auf Beschluß einer Konferenz geschehen und zu dem Zweck, dieses Gesetz wenigstens mit Schutzbestimmungen für die Angestellten zu versehen.

In sozialistischer Beziehung habe der Verband verbessernd auf dem Gebiete der öffentlich-rechtlichen Stellennachweise, der Sonntagstrafe, des früheren Rostenes Erlaß usw. gewirkt. Gefordert wurde ferner stets die Abschaffung der Konkurrenzklause, die Schaffung von Arbeitsstammern, Verbesserung der Kaufmannsgerichte. Bezüglich des Bundes für Freiheit und Vaterland betonte er, daß sich der Zentralverband der H. entgegen der General-Kommission gegen einen Anschluß ausgesprochen habe.

Urban ersuchte die Delegierten, den Bericht nicht von politischen Gesichtspunkten aus zu betrachten, sondern in der Hauptsache vom Standpunkt der Gewerkschaft.

Ueber die Verbandzeitung berichtete Redakteur Paul Lange. Die Zensur, die zu Beginn des Krieges eingeführt wurde, erwies sich als außerordentlich, bis Rettung im Interesse der Angestellten zu führen, wie es wünschenswert gewesen. Er zeigte an Beispielen, wie rigoros die Zensur vorgegangen sei. Der wahre Sinn des Burgfriedens sei der gewesen, den Angestellten zu zeigen, daß sie im Interesse des „Sie-es“ auf die Anwendung von Kampfmitteln verzichten müssen, während das Unternehmertum riesige Gewinne machte.

Lange verurteilte entschieden das Hilfsdienstgesetz und bezeichnet die erwähnte Sitzung als eine politische Freitagsschmiede. Die Annahme, daß seine Schriftweise der Agitation geschadet habe, wehrte Lange mit aller Entschiedenheit ab.

In der Diskussion sprach Siebel-Berlin als Vertreter des Bureauangestelltenverbandes über die Verschärfung und verlangte u. a. sichere Gewähr gegen parteipolitische Umtriebe. Den Hauptinhalt der Rede Siebels bilden Angriffe gegen den Verbandreferent.

Dr. Volkrecht vom Verband der Versicherungsangestellten äußerte sich über den Stand der Verschärfungsfrage. In der Zeit ist den Sozialismus zu verwirklichen, aber dabei müsse uns jeder willkommen sein, ob er nun dieses Ziel durch Revolution oder Evolution erreichen wolle.

Die Ausführungen der Diskussionsredner beschäftigten sich im wesentlichen mit der Gewerkschaftspolitik. Die Redaktion der Verbandzeitung wurde zum Teil wegen ihres Eintretens für eine politische Richtung angegriffen, während ihr auf der anderen Seite warme Verteidiger erstanden. Auch gegen die Politik der General-Kommission wurden scharfe Angriffe gerichtet.

Im Schlußwort legte Lange-Berlin nochmals seinen grundsätzlichen Standpunkt gegenüber der Kriegspolitik der General-Kommission eingehend dar.

Die Differenzen zwischen Urban und Lange werden durch eine Erklärung geschlichtet, in der sich beide verpflichten, weiter zusammenzuarbeiten.

Die zum Geschäftsbericht vorliegenden Anträge wurden zum Teil durch Uebereinstimmung an den Vorstand erledigt.

Die Politik der General-Kommission fand nicht die Zustimmung des Verbandstages. In namentlicher Abstimmung wurde mit 50 gegen 27 Stimmen und einer Stimmenthaltung folgende Resolution angenommen:

„Der Verbandstag beurteilt die von der General-Kommission der Gewerkschaften während des Krieges eingeschlagene Politik, die ihre Fortsetzung nach der Revolution in den getätigten allgemeinen Arbeitsgemeinschaften findet, und verwirft aus insbesondere die Haltung der General-Kommission zu der Frage der Anerkennung des Mitbestimmungsrechts der Betriebsräte.“

Die Wahlen zum Hauptvorstand brachten folgendes Ergebnis: Zum 1. Vor. Urban Berlin einstimmig, Kassierer Wucher-Berlin einstimmig, Verbandsrat Udo-Berlin einstimmig, Lagerhalter-Sektion Döbel einstimmig, Versicherungsbeamten-Sektion Dr. Volkrecht einstimmig, Redakteur Paul Lange-Berlin einstimmig.

Zum Gewerkschaftskongress werden 28 Delegierte entsandt.

Darauf referierte Paul Lange über: „Die Lohnfrage, die Neuordnung des Arbeitsrechtes und des Räte-systems.“

Ein Antrag, das Referat drucken zu lassen und in Massen zu verteilen, wird angenommen.

In einem zweiten Antrag wurde das Mitbestimmungsrecht der Angestellten gefordert.

### 10. Verbandstag des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Im „Bürgermuseum“ zu Stuttgart fand in der letzten Woche der 10. Verbandstag der deutschen Transport- und Verkehrsarbeiter statt, zu dem 250 Delegierte aus allen Teilen Deutschlands erschienen waren. Als Gäste waren anwesend Rischer-Euttigart als Vertreter des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Schefel-Berlin für die deutschen Eisenbahner. Die stürmische Wetterorganisation entbot lehrerhaft ihren Gruß und dankte für die Fernreisen. Den Geschäftsbericht über die letzten fünf Jahre gab der Verbandsvorsitzende Schumann in fast beschleunigtem Vortrage. Die Zahl der Mitglieder schrumpfte infolge des unglückseligen Weltkrieges von 230 000 auf 88 000 zusammen. Von den 148 000 Ausgeschiedenen fehlten 17 000 nicht wieder heim. Heute zählt die Organisation 400 000 Mitglieder, darunter 17 000 Frauen. Die Eisenbahner, die sich vom Verbande trennen, haben auch bereits 350 000 Organisierte. Für das Luftverkehrspersonal wurde eine besondere Berufs-sektion gebildet. Sollte es gelingen, für alle im Postdienst Tätigen die Einheitsorganisation zu schaffen, dann soll verübt werden eine Arbeitsgemeinschaft der Transportarbeiter, Eisenbahner und Postbeamten zu bilden. Zu bestigen Ausritten kam es, als Schumann auf die Kriegspolitik zu reden kam. Wo er dabei auch auf das Verhalten und Verlangen der Nahrungsarbeiter einging, erstete er stürmischen Beifall. Bedauerlich ist, daß sich die Gewerkschaften am 9. November haben auszusprechen

**Ledebour**  
vor den Geschworenen  
in  
soeben erschienen  
Preis 75 Pfennig  
Bestellungen richten man an die  
Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, c. o. m. b. h., Berlin NW 6  
Abteilung Buchhandel Schiffbauerdamm 19

lassen. Zum Entzuge verurteilte er die in letzter Zeit beliebte politische Intoleranz.

Der Kaiserbericht zeigte, daß die in Köln nach beendeten Kämpfen beschlossenen Staffeleitungen sich außerordentlich gut bewährten. Aber der Vorstandsbericht entspann sich eine teilweise leidenschaftlich geführte Debatte, die volle zwei Tage in Anspruch nahm. Im Vordergrund standen die zur Zeit auf allen Verhandlungs- und Streitfragen wie die Kriegspolitik der Gewerkschaften und der Generalkommission, die Haltung zum Hilfsdienstgesetz, Delagerungszustand Rätefrage usw. Dabei prallten die politischen Gegensätze äußerst heftig aufeinander. Mit besonderer Schärfe ging man gegen den Redakteur Müller wegen seiner Anknüpfungsartikel im Verhandlungsorgan „Courier“ vor. Auf diese Angriffe antwortete Müller in einer längeren raffiniert angelegten Rede, die bewies, wie recht die Angegriffenen hatten.

Nach Schluß der Diskussion wurden die Berliner Anträge, die die Kriegspolitik verurteilten und auf eine Amnestiebewegung oder Nichtwiederwahl einzelner Vorstandsmitglieder abzielten, abgelehnt. Die geänderte Sonderorganisation der Winnschiffer durch den früheren Verbandsvorsitzenden Schünung wurde aufs Schärfste verurteilt, und der Berliner Sektion IV eine Klage erteilt, weil sie zur Delegiertenwahl zum Verbandstag nur Unabhängige und Kommunisten zuließ. Das Verhandlungsorgan erscheint nunmehr wieder achtungsvoll.

Nach einem instruktiven Referat des Redakteurs Lindow über die Aufgaben der Gewerkschaften nach der Revolution, behandelte Vender das Thema Sozialisierung im Handels-Transport und Verkehrsgewerbe. Der Verbandstag stimmte seinen Ausführungen durch Annahme folgender Resolution zu.

Die Verammlung erklärt in der Gemeinwirtschaft die höhere Form der Produktion und fordert daher Regierung und Gesetzgebung auf, durch Gesetz die Ueberführung der privaten Handels-, Verkehrs- und Transportbetriebe in den Besitz des Staates, oder Gemeinden einzuleiten.

Zu dem System der Betriebsräte einigte sich der Verbandstag auf eine längere Entschließung, in der zunächst festgestellt wird, daß die Gewerkschaften nach wie vor der Revolution die beruflichen Organe zur Vertretung der Interessen der Arbeiter auf wirtschaftlichem, wirtschafts- und sozialpolitischem sowie rechtlichem Gebiete sind und dann fordert, daß zur Durchführung der Betriebsdemokratie und Kontrolle der gesamten Volkswirtschaft Betriebsräte zu bilden sind und formuliert deren Aufgaben dahin:

1. Die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gegenüber den Unternehmern oder Betriebsleitungen wahrzunehmen.
2. Soweit tarifliche Abmachungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen für den Betrieb nicht bestehen, bei der Schaffung solcher in Verbindung mit den Gewerkschaften mitzuwirken.
3. Die Durchführung der vertraglichen oder sonst für den Betrieb maßgebenden Lohn- und Arbeitsbedingungen zu überwachen.
4. Bei Annahme und Entlassung von Arbeitskräften mitzuwirken.
5. Einen mitbestimmenden Einfluß auf die Ausgestaltung aller Betriebsbedingungen auszuüben.
6. Unter Wahrung ev. Geschäftsgeheimnisse Einsicht in die Bücher und geschäftlichen Dispositionen der Betriebsleitungen zu nehmen.

Die Wahlen zu den Betriebsräten ist den zuständigen Gewerkschaften zu übertragen.

Zu Punkt Statutenänderung werden im großen ganzen die Anträge der Kommission angenommen. Das Eintrittsgeld wird auf 2,- und 1,50 festgesetzt und die Beiträge für die vier Klassen auf 50, 70, 90 Wfg. und 1,10 M. erhöht. Dementprechend fand die Streit- und Maßregelungsunterstützung, sowie d. l. Streitgeld eine Steigerung.

Auf dem Gewerkschaftskongress nach Nürnberg wurden 39 Delegierte gewählt, wobei die einzelnen Branchen gebührend berücksichtigt wurden, die Berliner Delegation aber leer ankam. (Das ist für den Geist auf dieser Konferenz sehr bezeichnend. Neb.)

Bei der Wahl der beabsichtigten Vorstandsmitglieder wurden die fettergen Mitglieder wiedergewählt. Am dem ganzen Bande einen größeren Einfluß auf die Tätigkeit des Hauptvorstandes einzunehmen, wurden aus den einzelnen Branchen noch 6 unbesetzte Vorstandsmitglieder hinzugefügt. Zum Schluß wurde in namentlicher Abstimmung ein Antrag, dem Vorstände das Recht der Anstellung von Ortsbeamten zu nehmen und den Ortsverwaltungen zu übertragen, abgelehnt. Damit fanden die Arbeiten des Verbandstages ihr Ende.

## Die verurteilte Handelsgesellschaft „Vorwärts“.

Amfang November 1916 warf der Parteivorstand der Reichssozialisten die damaligen „Vorwärts“-Redakteure Däumig, Leid, John, Stadthagen, Wielepp und Ströbel aus dem „Vorwärts“ hinaus, weil sie sich nicht seinen Befehlen fügen wollten. Wie die Nachhaber des rechtssozialistischen Parteivorstandes heute in der Regierung mit ihrem Kollie an der Spitze gegen die Arbeiter wüten, so haben sie schon damals die Angestellten der Partei zu behandeln gesucht, wenn diese ihnen zu Gefallen ihre Gesinnung nicht ändern wollten. Die von der damaligen „Vorwärts“-redaktion vertretene Kriegspolitik war der des Parteivorstandes direkt entgegengesetzt. Das führte die Herren vom Parteivorstand. Sie strebten danach, die „Vorwärts“ in ihre Hand zu bekommen, damit er ihre Politik fühle. Das Oberkommando in den Marken half bereitwillig dabei; es verbot wiederholt den „Vorwärts“ und machte sein Wiedererschienen davon abhängig, daß die Zusammenfassung der Redaktion nach den Wünschen des Militärs erfolge. Der Parteivorstand ging im Widerspruch mit der Preßkommission auf die Bedingungen des Oberkommandos ein und gab mission auf die Bedingungen des Oberkommandos. Diese bestanden zunächst in der Bestellung eines Chefredakteurs. Der vom Parteivorstand dazu andererseits starke Mann war Hermann Müller, der heutige Minister des Auswärtigen. Schon in den ersten Tagen seiner Herrschaft kam es zu Differenzen in der Redaktion, bis Herr Richard Fischer den Redakteuren Leid, Stadthagen und Ströbel die Entlassung ins Haus schickte, mit der Begründung, sie seien für den von der Parteivorstandsvorversammlung Groß-Berlin gefassten Beschluß auf Nichtbegleichung des „Vorwärts“-Abonnementes eingetreten. Müller entlassen und erklärte sich Däumig, John und Wielepp solidarisch, worauf auch sie den Abschied bekamen. Nach dem Organisationsstatut der Partei hatte der Parteivorstand kein Recht zur Entlassung, Anstellungen und Entlassungen konnten nur vom Parteivorstand und der Preßkommission gemeinsam vorgenommen werden. Die Preßkommission stellte sich auf den Standpunkt der Redakteure und verlangte, daß sie auf ihrem Posten ausbleiben sollten. Bei Lagerungszustand und Januar kam dem Parteivorstand zu Hilfe. Durch das Oberkommando ließ er sich den „Vorwärts“ in die Hände spielen.

Der Däumig war der Redakteure und der Raub des Blattes. Das der Berliner Parteigenossen gehörte, rief unter den Genossen große Empörung hervor. Die Göttertrana war damals so groß, daß eine Anzahl Genossen im „Vorwärts“ erschienen und den Herren Stamper und Müller so zusetzten, daß diese

zur Polizei liefen und Strafanzeige erstatteten. Im Hinblick auf den Prozeß, den die Redaktion gegen die Handelsgesellschaft „Vorwärts“ und den Parteivorstand anhängig machten, wurde die gerichtliche Austragung der „Mißhandlung Stamper-Müller“ verlagert. Die Redaktion klagte auf Feststellung des Eigentumsrechts des Blattes, sowie auf Zahlung des Restbetrags für die widerrechtlich Entlassenen. Der Prozeß läuft nun schon seit 2½ Jahren. Das Landgericht wies die Klage in allen Punkten ab. Der juristische Vertreter des Parteivorstandes, Herr Heinemann, heute Unterstaatssekretär im Justizministerium, nutzte die damalige Stimmung aus und appellierte an das nationalsozialistische Gewissen der Richter. Er stellte es so dar, als seien die Redakteure im Dienste des Auslandes tätig, weil sie dem Lande die Mittel zur Fortführung des Krieges verweigert haben wollten. Die Sache ging ans Kammergericht, aber der hohen Kosten wegen in eingeschränkter Form. Insbesondere wurde die Frage des Eigentumsrechts an dem Blatt fallen gelassen, weil bei der Feststellung, ob die Entlassungen zu Recht erfolgt seien oder nicht, auch die Fragen, an denen wir Interesse hatten, ihre Erledigung finden mußten. Das Kammergericht entschied dahin, daß die Entlassungen zu unrecht erfolgt seien. Sie hätten nur nach dem Organisationsstatut der Partei und in Übereinstimmung mit der Preßkommission erfolgen können. Die Klage auf Zahlung von Gehalt wurde dem Grunde nach als berechtigt erklärt, und zwar wurde als Termin der 10. April 1917 beigezeichnet, bis zu dem das Gehalt bezahlt werden soll, weil an diesem Tage sich die unabhängige Partei konstituierte, der die Kläger angehörten.

Diese Entscheidung genügte Herrn Heinemann nicht, er ging an das Reichsgericht. Das hat nun das Kammergerichtliche Urteil bestätigt, wonach die Entlassungen widerrechtlich erfolgt sind, weil sie nicht in Übereinstimmung mit der Preßkommission geschahen. Die Klage richtete sich gegen die offene Handelsgesellschaft „Vorwärts“ und zugleich gegen die Mitglieder des Parteivorstandes. Das Reichsgericht erklärte nur die offene Handelsgesellschaft „Vorwärts“ für haftpflichtig, nicht aber die Teilnehmer.

Recht steht demnach, daß der rechtssozialistische Parteivorstand im Jahre 1916 die damaligen „Vorwärts“-Redakteure zu Unrecht auf Pfahler warf und die Vertretung der Berliner Parteigenossen, die Preßkommission, ausschaltete. Unseres Erachtens bedurfte es dieser rechtsgerichtlichen Feststellung nicht erst, wir waren darüber schon längst im Klaren. Uebrigens hätte sich ein ausländischer bürgerlicher Unternehmer nicht erst auf Zahlung von Gehalt für seine Angestellten verlassen lassen, zumal von vornherein feststand, daß die Entlassenen einen Anspruch auf Gehalt hatten.

## Gewerkschaftliches.

### Eine Herausforderung der Bankbeamten.

Wie uns der Allgemeine Verband der Deutschen Bankbeamten mitteilt, sind die Tarifverhandlungen für das Bankgewerbe, welche am 3. Juli wieder aufgenommen werden sollten, durch eine unbegreifliche rigorose Maßnahme der politischen Polizei in Frage gestellt worden. Aus unerfindlichen Ursachen heraus wurde der Zentralbeamte Herr Karl Emonds gestern nachmittag durch Veranlassung der Kriminalpolizei verhaftet und zunächst in das Polizeipräsidium und später der Staatsanwaltschaft vorgeführt worden. Da Herr Emonds als Arbeitnehmerbesitzer dem Schlichtungsausschuß für das Bankgewerbe angehört, bedeutet diese Maßnahme eine unerhörte Provokation der gesamten Bankangestellten, die zu den schlimmsten Folgen für das gesamte Wirtschaftsleben führen kann. Die entsprechenden Maßnahmen zur Entlassung Emonds sind veranlaßt worden.

Die Mitteilung dieses Vorganges löste in der großen öffentlichen Bankbeamtenversammlung, die Montagabend in sämtlichen Räumen der Germania-Säle stattfand, heftigste Empörung aus. Einstimmig wurde in beiden Sälen der Beschluß gefaßt, Dienstag mitag 12 Uhr die Arbeit einzustellen, falls Emonds bis dahin nicht aus der Haft entlassen ist.

Aus dem Bericht über die Verhandlungen, betreffend Abschluß eines Reichsarrêts ging hervor, daß die ganze Angelegenheit auf einem toten Punkt angelangt ist, da sich im Schlichtungsausschuß Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegenüberstehen. Bei jeder Gelegenheit wird der Versuch gemacht, die Angestellten zu trennen nach dem Spruch: Telle und herzhel. Schon bei den Vorverhandlungen über Abschluß eines Reichsarrêts verurteilten die Arbeitgeber die Kollie, recht viele Unterschiede und Gruppen bei der Tarifierung herbeizuführen. Letztere soll nach Vorschlag der Unternehmer nur bis zum 30. Lebensjahre Anwendung finden, während sie von den Angestellten bis zum 50. Lebensjahre gefordert wird. Kammen sich im Interesse der Bankbeamten im vorgeschrittenen Alter voll versucht werden, im Tarifvertrag eine partielle Arbeitsvermittlung festzulegen. Leider zeigt in wunden Fragen der D. V. A. bei den Verhandlungen nicht die erforderliche Einsicht in das unbefangene Wohlwollen im Interesse der Angestellten. Dagegen beweisen viele Zuschriften aus dem Reich an die Berliner Zentrale des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankbeamten, daß letzterer den richtigen Weg geht und die Solidarität der Angestellten sich ständig festigt.

Am 3. Juli wird jedenfalls im Schlichtungsausschuß die Entscheidung fallen, von der das weitere Verhalten der Angestellten abhängen wird.

### Die Lohnbewegung der Würtzler.

Die am 26. Juni bei Herr, Weberstr. 17, tagende Versammlung der Würtzler Groß-Berlins nahm Stellung zu dem Streik der Arbeiter in den chemischen Betrieben. Unsere den augenblicklichen Verhältnissen entsprechende Forderung ist von den chemischen Betrieben: Sauer- und Würtzler, Kollie in Gries und Landshoff und Meyer in Grünau noch immer nicht bewilligt. Die Würtzler sind entschlossen, auszuhalten. Sie ersuchen die Arbeitkollegen, in den genannten Betrieben keine etwaige Streikarbeit zu dulden. Bemerkte hier noch, daß die Entlohnung der Arbeitnehmer in den chemischen Betrieben in gar keinem Verhältnis zu der überaus gesundheitsgefährlichen Arbeit und zu allen übrigen Betrieben steht.

Die Versammlung beschloß ferner, in Anbetracht der täglich steigenden Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel für sämtliche Würtzler Groß-Berlins einsecht, der Brauerei Würtzler ab 1. Juli 1917 eine wöchentliche Feuerungszulage von 30 Mark zu fordern.

Gelegenheit wurde eine Resolution angenommen, welche die Herabsetzung der Lebensmittelpreise und umgehend schärfste Maßnahmen gegen den Schleichhandel und den daraus folgenden Wucher fordert.

Die freilebenden Schmeide blieben am Montag eine Versammlung ab, in der Frau, Köbler den Situationsbericht gab. In den 6 größten Berliner Betrieben: Borsig, Schwanen, H. C. W. Hennemann, Daimler und C. A. A. Koppel denen die Schmeide die Arbeit eingestellt. Bei D. u. A. sollten anhangs

Verhandlungen stattfinden. Der Verband der Metallindustriellen beschloß jedoch, eine besondere Zentralverhandlungskommission zu bilden, wodurch die Verhandlungen bei Drenstein u. Koppel sowie auch bei Daimler unterbrochen müßten.

In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die Unternehmer nur darauf wozien, daß auch die Arbeiter aus den Betrieben herausgingen. Es wird erwartet, daß die Kollegen der anderen Branchen auf diese Taktik nicht eingehen, sondern ruhig weiter arbeiten, um die Lage der Schmeide nicht zu gefährden. Es wurde einstimmig beschlossen, alle noch arbeitenden Schmeide in den großen Firmen und sämtliche Werkzeugschmeide aufzufordern, sich umgehend dem Streik anzuschließen. Erwähnt sei noch, daß vor Beginn der Verammlung durch die Saalkontrolle am Eingang ein Kolligardist, der sich nicht legitimieren konnte, als Spitzel festgestellt werden konnte und dementsprechend an die frische Luft gewiesen wurde.

Die Fabrikarbeiter der N. A. G. Oberschneide haben am 17. Juni wegen Lohnminderungen die Arbeit eingestellt. Da die Firma versucht, Arbeiterkräfte auch durch Privatunternehmer hinzuzuziehen, weisen wir darauf hin, daß die Sperre unverändert fortbesteht. Deutscher Bauarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Eine Betriebsversammlung des Gewerks Danziger Straße tagte am Freitag und nahm Stellung gegen das Verhalten des Parteivorstandes, der durch die Ortsverwaltung eine Delegiertenwahl am 10. Gewerkschaftskongress nach Nürnberg zum 28. Juni d. J. anberaumt hatte.

Feiertagen und -geheimnisse, Am Donnerstag, den 3. Juli, im Gewerkschaftslokal, Engelsufer 15, Generalversammlung. Bericht vom Verbandstag in Stuttgart und Wahl der Vorsitzenden zum Parteivorstand.

## Groß-Berlin.

### Heute Vollversammlung der Arbeiter-Räte.

Die Vollversammlung der Arbeiter-Räte, der kommunalen Arbeiter-Räte sowie der Delegierten der Soldatenräte findet heute Dienstag vormittag 9 Uhr in den Germania-Sälen, Chausseest. 110, statt.

Tagesordnung: 1. Die Verfassung der Mitglieder des Vollzugsrates der Arbeiter-Räte und die Hausführung in den Büroräumen des Vollzugsrats. 2. Herstellung der Pressefreiheit. 3. Erlaß des Reichsverministers Kollie zum Eisenbahnerstreik. 4. Boykott der Freiwilligenverbände.

Der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins. Fritz Drolat. J. A.: Heinrich Rathahn.

### Konferenz der Groß-Berliner Gemeindevorsteher der U. S. V. D.

Am Donnerstag, den 3. Juli, abends 7 Uhr, im Berliner Rathaus, Stadtverordneten-Sitzungs-Saal.

#### Tagesordnung.

1. Stellungnahme zur Neuorganisation Groß-Berlins. Ref.: Gen. Reid.
2. Diskussion.
3. Wahl der Arbeiterausschüsse.

Der Kommunale Ausschuß der U. S. V. D. Groß-Berlins. J. A.: Dr. Rosenfeld.

#### Achtung! Vereinskalender.

Wie wir bereits in unserer Sonntagnummer bekanntgegeben haben, sollen Anzeigen der Vereine und Gewerkschaften in Zukunft nur noch im Vereinskalender veröffentlicht werden. Als Gebühr wird für eine Zeile 1 M. und für die zweite Zeile 1,50 M. erhoben. Mehr als zwei Zeilen können der einzelnen Veranstaltung im allgemeinen nicht eingeräumt werden. Die Aufgabe der Anzeigen hat bei der Inseratannahme die Redaktion und Verlag der „Freiheit“.

### Eine halbe Million für die Jugend.

Der Berliner Magistrat hat eine großzügige Neuregelung der gesamten Jugendfürsorge in Berlin beschlossen, zu welchem Zweck 500.000 M. bewilligt worden sind. Es sollen 4 neue Häuser geschaffen und die beiden Deputationen für das Jugendamt und die Waisenpflege mit einander verschmolzen werden, mit dem Ziele, eine Zentrale der gesamten Jugendwohlfahrt zu errichten für den Schutz und die Aufsicht der bedürftigen und gefährdeten Jugend vom frühesten Alter bis mindestens zum vollendeten 18. Lebensjahre und sie systematisch, schnell und sachgemäß in allen gesundheitlichen, wirtschaftlichen und erzieherischen Fragen zu fördern, ihr zu helfen an ihrer körperlichen, geistigen und sittlichen Heranbildung. Das Ziel umfaßt u. a. die Säuglingsfürsorge, Waisenpflege, die Vormundschaft, Mütterhilfe, Kruppen, Kinderhorte, Schulpflege, Schulgesundpflege, Versorgung kranke Kinder, Landaufenthalt, Ferienkolonien, das Jugendwandern, die Schulgesundheitspflege, Berufsberatung, Lehr- und Dienststellenvermittlung, Jugendherberge, Verleihung von Jugendbildung usw. Ferner Jugendbeschäftigung, Bekämpfung der Schulverweigerung, Handfertigkeitsunterricht, gartenbauliche Beschäftigung, Sport, Turnen, Spielen, Baden, Schwimmen, Baden, Verleihung und vorübergehende Fürsorge für Mütter, geschiedene, schwererzogene, schwachsinige, psychopathische, verkehrte, uneheliche und wandernde Jugendliche, Waisenhauskinder, Fürsorgeerziehung, Jugendberufslehre u. dgl. Diese Pläne sind gewiß zu begrüßen. Hoffentlich gelingt es auch, über alle die gefährdeten Personen zu finden, die mit der Jugend umzugehen wissen. Die Jugendarbeit darf nicht schematisch behandelt werden.

### Mitdeutsch Politik im Theater.

Ein sächsischer Urlaubseiferer schreibt uns: In der Sonntagabend-Aufführung der Operette „Die Welt“ im Theater des Westens, Berlin-Charlottenburg, belächelte der Darsteller des Chinesen Sun-Hsi, Eigentümer des Teehauses. Zu dem gebürtigen Chinesen, Herr Grün, wurde einige Worte an den Vortag zu bringen, die den freudigen Verkauf des Publikums ans Herz und Mund kamen. Man mußte während einiger Augenblicke in einer ausländischen Vorstellung sein. Man feierte Wilhelm II. von der Republik, dem folgenden Kaiserthum und der Freiheit dagegen wurde ironisch gesprochen.

Unser sächsischer Genosse meint, wenn die Herren Schauspieler schon Politik auf die Theaterbühnen bringen wollen, sollten sie sich zuvor eine gewisse politische Schulung aneignen und ihre Meinungen nicht aus dem Munde eines ungebildeten „Mitdeutschen“ oder des Berliner Lokal-Angehörigen „Köppen“ lassen.

Wir meinen, es kann nur den Schauspieler diskreditieren, wenn er politischen Zirkel in ein Schauspiel verliert, das einen anderen Stoff und eine andere Zeit zur Darstellung bringen soll. Von Kunst hat ein solcher Schauspieler keine Ahnung.

